

# KOMMUNALE ECKPUNKTE DER AFD HAMM

FRISCHER WIND FÜR UNSERE STADT:

*KREISVERBAND  
HAMM* **Afd**



## MÜNDIGE BÜRGER IN EINER STARKEN KOMMUNE

Inhalt.....	2
Vorwort.....	3-6
Grundsätzliches/ Kernforderungen.....	7-10
Finanz- und Staatsordnung.....	11-17
Vernunft statt Ideologie.....	18-21
Sicherheit und der öffentliche Raum.....	22-25
Stabile Familien- Keimzelle der ganzen Gesellschaft.....	26-29
Schule und Bildung - Unseren Kindern die Zukunft erschliessen.....	30-33
Wohnen und Leben.....	34-42
Mobilität/Verkehr.....	43-46
Asyl, Migration, Integration und Rückkehrfähigkeit.....	47-53
Naturschutz statt Klimapanik.....	54-58
Der orthodoxe Islam im Konflikt mit den westlichen Werten.....	59-64

## **Liebe Bürgerinnen und Bürger,**

die Kommunalwahlen 2020 in Nordrhein-Westfalen stehen im Zeichen einer tiefgreifenden Krise.

Die Corona-Pandemie hat uns in kürzester Zeit eine erschreckende Anfälligkeit unserer Gemeinwesen vor Augen geführt. Trotz seit Jahren vorliegenden Risikoanalysen traf sie die Entscheidungsträger in Politik und Gesundheitswesen weitgehend unvorbereitet. Die meisten von ihnen flüchteten vor ihrer Verantwortung und machten lieber alles dicht, statt die Mühen einer risikodifferenzierten Schutzstrategie auf sich zu nehmen. Das Ergebnis ist eine gesamtgesellschaftliche Depression, die alptraumhafte Züge trägt.

Corona hat auch gezeigt, zu welch schwerwiegenden Eingriffen die Regierungen sich legitimiert fühlen, wenn die Gefahr nur groß genug erscheint. Die Klima-Apokalyptiker jedenfalls werden die Akzeptanz großer Teile der Bevölkerung – selbst von Einschränkungen der Grundrechte – mit Interesse zur Kenntnis genommen haben.

Die politische Aufarbeitung der Ereignisse steht freilich noch bevor. Die AfD hat dabei ihrerseits registriert, dass die Nationalstaaten nach wie vor die größte funktionierende politische Einheit sind, und dass sich Grenzen sehr wohl schließen lassen – wenn man es will!

Die Aufarbeitung beginnt aber in den Kommunen. Sie haben schwere Einbrüche bei den Einnahmen, insbesondere aus der Gewerbesteuer, zu verkraften. Sie sollten sich zugleich aber schützend vor die Unternehmen stellen. Manches schöne Projekt wird zugunsten strukturerhaltender Maßnahmen auf später verschoben werden müssen.

Corona darf aber nicht dazu verleiten, die vielen anderen Probleme aus dem Blick zu verlieren, die uns bedrängen.

Noch nie seit der Gründung der Bundesrepublik haben so große Teile der einheimischen Bevölkerung ihre Heimat als so unsicher empfunden wie heute.

Unser Land erscheint wie ein entgrenztes Territorium, auf dem sich umtun kann, wer will – und oftmals, wie er will. Viele Deutsche empfinden sich daher heute als Fremde im eigenen Land.

Die AfD ist nicht bereit, diesen Zustand hinzunehmen.

Bei der Kommunalwahl 2020 wird die AfD erstmals in viele Kreistage und Stadträte Nordrhein-Westfalens einziehen. Sie wird dort, wie sie es im Bundestag und in den Landesparlamenten bereits mit Erfolg tut, ihre Stimme erheben, die Probleme beim Namen nennen und die Rechtsstaatlichkeit verteidigen.

So, wie die Familie die Keimzelle der Gesellschaft ist, sind die Städte und Gemeinden die Keimzellen des Staates. Es ist unendlich wichtig, dass das Leben in ihnen wieder von Sicherheit, Ordnung und Stabilität geprägt ist! Angst und Unterwerfung hingegen sind schlechte Ratgeber. Die verantwortungsbewussten Mitglieder, Funktionäre und Mandatsträger der AfD beweisen tagtäglich, dass sie keine Angst haben und sich nicht unterwerfen. Allen Anfeindungen und Bedrohungen zum Trotz treten sie selbstbewusst, selbstkritisch und klar in der Sache für ein starkes und partnerschaftsfähiges Deutschland ein.

Für uns gilt die Maxime: "Nur ein schlanker Staat ist ein guter Staat". Der Staat ist für den Bürger da, nicht der Bürger für den Staat. Unser Ziel ist ein vom Staat geschaffener Ordnungsrahmen, in dem sich die Bürger frei entfalten können.

Die ständige, vielfach Ideologie getriebene Expansion der Staatsaufgaben stößt an finanzielle und faktische Grenzen. Sie bedroht inzwischen den Kerngehalt der elementaren Freiheitsrechte der Bürger.

Die politischen Entscheidungsträger haben die Sozialversicherungssysteme zur Plünderung frei gegeben, welche ein Werk von Generationen sind, gleichzeitig steuern Millionen Bürger auf die Altersarmut zu.

Die gewaltige demografische Problemlage, die uns in Deutschland

bevorsteht, wird nicht durch die unkontrollierte Massenmigration und Zuwanderung in die Sozialsysteme gelöst werden können.

Die AfD als Ganzes steht unverbrüchlich für den Fortbestand des Deutschen Volkes ein und widersetzt sich der beispiellos fortgesetzten Außerkraftsetzung von Gesetzen, Hoheitsrechten und dem Vernichten von Vermögen in Deutschland durch Negativzinsen.

Weiterhin wird der Mittelstand schamlos geschröpft und für ideologische selbstzerstörerische Gesellschaftsexperimente missbraucht.

Unsere Stadt Hamm existiert seit dem Jahre 1226, bindet sich an christlich-abendländische, freiheitlich-demokratische Werte und orientiert sich am Gesellschaftsideal von Freiheit und den Werten der Aufklärung. Diese unveräußerlichen Werte wollen wir pflegen und vor Unterwerfungsversuchen von außen und Zersetzung von Innen schützen.

Wir setzen uns mit ganzer Kraft dafür ein, unsere Stadt im Geiste der Freiheit und Demokratie zu erneuern und eben diesen Prinzipien wieder Geltung zu verschaffen.

Wir vertreten ohne Unterwerfung unter die Regeln der politischen Korrektheit im bürgerlichen Ton einen konservativen, patriotischen und libertären Kurs.

Häufig wird uns deshalb vorgeworfen, wir würden „die Grenzen des Sagbaren“ erweitern.

Tatsächlich entspricht es unserer tiefsten Überzeugung, dass eine Gesellschaft nur dann demokratisch ist, wenn echte Meinungsfreiheit herrscht.

In diesem Sinne verstehen wir uns als Pioniere im Minenfeld der politischen Korrektheit, um die Definitionsmacht der Altparteien über das sanktionslos Sagbare zu brechen.

Viele politische Überzeugungen, die in den letzten 15 Jahren aus dem Diskurs hinausgedrängt wurden, konnten wir so bereits wieder wahrnehmbar machen.

Das erklärt den Hass, der uns aus dem politisch-medialen Komplex entgegenschlägt.

Wir verfügen über viele demokratische, rechtsstaatliche Lösungsansätze für die von den Altparteien verursachten Probleme in unserer Stadt. Lösungsansätze, die im Hammer Stadtrat eine Vertretung brauchen, werden Sie bei uns finden.

Sie werden feststellen, dass wir allen anderslautenden Behauptungen zum Trotz, eine demokratische, bürgerliche Kraft sind und auf dem Boden des Grundgesetzes (Recht und Gesetz) stehen.

Wir bitten Sie um Ihre Stimme im September für die AfD Hamm!  
Informieren Sie sich auf den nachfolgenden Seiten über die Positionen, die wir als AfD Hamm tatsächlich vertreten.

Sie können versichert sein, dass unser Handeln im Wählerauftrag von unserem freiheitlichen Menschenbild geleitet werden wird, wobei wir das folgende Wahlprogramm kontinuierlich und vollständig umsetzen wollen.

Aus den Grundsatzpositionen der AfD leitet sich auch das kommunalpolitische Programm unserer Partei ab, dessen allgemeines Profil Sie auf den folgenden Seiten finden.

Überzeugen Sie sich selbst! Kommen Sie zu unseren Veranstaltungen, sprechen Sie mit uns und teilen Sie uns Ihre Sorgen mit. Die AfD gibt Ihnen eine Stimme.

Ihr Pierre Jung  
Sprecher

*Alternative für Deutschland  
Kreisverband Hamm*



Grundsätzlich unterscheiden wir uns von allen anderen Parteien in den folgenden Punkten:

**Vernunft statt Ideologie und Wunschdenken:** Nicht das gewünschte oder erhoffte Verhalten, sondern das tatsächlich zu erwartende Verhalten der Menschen muss die Grundlage der politischen Entscheidungen bilden.

**Anerkennung des Nationalstaats statt postnationaler Grenzenlosigkeit:** Die Nationalstaaten sind nach wie vor wichtige moralische Größen. Sie bilden Solidargemeinschaften und erlauben die emotionale Zugehörigkeit zu einer Großgruppe. Es sind gerade die Errungenschaften der Nationalstaaten, die Menschen aus aller Welt nach Deutschland und Europa ziehen!

**Weniger EU statt mehr EU:** Die demokratiefernen Brüsseler Institutionen sind das unerkannte Machtzentrum des politischen Geschehens bei uns. Wir fordern einen Rück- und Umbau der Union durch Neuverhandlung der europäischen Verträge.

**Direkte Demokratie:** Unser Grundgesetz sieht Volksabstimmungen vor. Die etablierten Parteien jedoch fürchten Volksabstimmungen wie der Teufel das Weihwasser. Die AfD hat keine Angst vor der Meinung des Volkes und fordert Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild.

**Einsatz für eine echte Familienpolitik:** Das größte sozialpolitische Problem Deutschlands ist der demografische Wandel. Die etablierten Parteien haben trotz aller Warnungen bei seiner Abwehr vollständig versagt. Die AfD hingegen stellt sozialpolitisch die Familien ins Zentrum und hat ein umfassendes Programm zur ihrer Stärkung und zur Erreichung höherer Geburtenzahlen erarbeitet.

**„JA“ zu Menschenwürde und Freiheit – „NEIN“ zu jedem Totalitarismus:** Keine Unterwerfung unter Ideologien, die unser freiheitliches soziales Modell im Namen „höherer“ Ziele beseitigen wollen!

**Klare Trennung von Zuwanderung und Asyl:** Die etablierten Parteien haben die Unterscheidung zwischen Beschäftigungszuwanderung und Asyl vorsätzlich verwischt. Die Unterscheidung muss wieder hergestellt werden! Die AfD fordert außerdem: Konsequente Unterbindung illegaler Migration, keine „Spurwechsel“, keine Kettenduldungen, keine Versorgungsmigration und die Ausreise, nötigenfalls Abschiebung aller Ausreisepflichtigen.

**Zuwanderung muss sich an unseren Bedarfen orientieren:** Wir entscheiden, wer zu uns kommen darf – und wer nicht. Qualifizierte Zuwanderer sind herzlich willkommen und sollen Deutschland als gastfreundliches Land kennenlernen. Wer von ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben will, muss auch Sprache und Kultur seiner neuen Heimat erwerben. Hunderttausende haben das bereits getan und sind geschätzte Bürger unseres Landes geworden.

**Naturschutz statt Klima-Religion:** Die Klima-Hysterie der letzten Jahre ist von den Medien vorsätzlich und planmäßig erzeugt worden. Tatsächlich aber ist ein kritischer Zusammenhang zwischen menschengemachtem CO<sub>2</sub> und dem Klimawandel wissenschaftlich nicht belegbar. Die „Klimapolitik“ der mediengetriebenen Bundesregierung ist daher reine Symbolpolitik. Sicher ist jedoch, dass ein gleichzeitiger Ausstieg aus Kohleerzeugung und Kernenergie den Zusammenbruch der Energieversorgung und des Wirtschaftsstandorts Deutschland bedeuten würde. Wollen wir das?

**Leitkultur statt Multi-Kulti-Doktrin:** Multikulturelle Gesellschaften sind strukturell immer auch multikonfliktuelle Gesellschaften. Leitkultur bedeutet demgegenüber, dass bei kulturell bedingten Wert- und Normkonflikten den Werten einer bestimmten Kultur der Vorrang zukommt. Diese Kultur kann in Deutschland nur die historisch gewachsene deutsche Kultur sein.

## Unsere Kernforderungen vor Ort sind:

- Hamm braucht eine neue Ausrichtung am Interesse unserer Bürger und nicht an Lobbygruppen oder Ideologen.
- Hamm braucht keine neue Identität.
- Hamm braucht keine Anleitung hypermoralischer Besserwisser, um multireligiöse und multiethnische Schmelztiegel zu schaffen.
- Hamm braucht keine Gegengesellschaften, in denen unsere Grundwerte abgelehnt und öffentlicher Raum okkupiert und mit nicht grundgesetzkonformen, inkompatiblen Werten gefüllt wird.
- Hamm braucht Fachkräftenachwuchs, der aus eigener Kraft entspringt und starke wirtschaftliche Wurzeln in unserer Region bildet.
- Hamm braucht einen soliden Haushalt ohne Schuldenbelastung.
- Hamm braucht mehr Sicherheit.
- Hamm braucht bezahlbaren und ansprechenden Wohnraum für Familien.
- Hamm braucht eine leistungsfähige Infrastruktur in der gesamten Stadt.
- Hamm braucht eine Stärkung des ländlichen Raums.
- Hamm braucht eine Stärkung der landwirtschaftlichen Strukturen.
- Hamm braucht eine neue Willkommenskultur für Kinder und Familien.
- Hamm braucht ein zukunftsfähiges Schulsystem in zukunftsfähigen Schulgebäuden.
- Hamm braucht Respekt für Minderheiten, aber auch Respekt vor der Mehrheit.
- Hamm darf keine Schattenhaushalte in Töchtern der Stadt haben.
- Hamm braucht Meinungsvielfalt und Mitsprache der Bürger durch Beteiligung auf neuen Wegen.
- Hamm braucht umweltschonende, aber bezahlbare Energie.
- Hamm braucht ein modernes und leistungsfähiges Verkehrs- und Mobilitätsnetz.
- Hamm braucht einen innovativen und guten ÖPNV in allen Stadtbezirken.
- Hamm braucht eine finanzielle Entlastung von Eltern auch bei Kita und Frühförderung.

- Hamm braucht eine Stärkung mittelständischer Unternehmen aus und in Hamm.
- Hamm braucht in allen Stadtbezirken rund um die Uhr Polizeibeamte und Sicherheits- sowie Ordnungskräfte vor Ort.
- Hamm braucht den Erhalt naturnahen Lebens- und Erholungsraums für Mensch und Tier.
- Hamm braucht mehr Freizeitwert für junge Menschen und Familien.
- Hamm braucht zu wichtigen Fragen mehr direkte Demokratie (Bürgerbefragungen).
- Hamm braucht schnelles Internet im gesamten Stadtgebiet.
- Hamm braucht Transparenz in der politischen Entscheidungsfindung.
- Hamm braucht ein starkes Engagement gegen den politischen und religiösen Extremismus.

Dafür treten wir an!

# STAATS- ORDNUNG FINANZEN

# SUBSIDARITÄTS- PRINZIP

FRISCHER WIND FÜR UNSERE STADT:

*KREISVERBAND  
HAMM*

**AfD**



**Zentral für unsere Staatsordnung und Finanzen** ist das Subsidiaritätsprinzip. Es bedeutet den Vorrang der persönlichen Verantwortung, der kleineren Einheit (Familie, Gemeinde) vor der größeren. Nur dort, wo deren Möglichkeiten nicht ausreichen, die Aufgaben der Daseinsgestaltung zu lösen, sollen höhere staatliche Institutionen eingreifen. Kleine Einheiten sind vor Bevormundung zu schützen.

Mit der in der Verfassung verankerten kommunalen Selbstverwaltung und Subsidiarität ist es jedoch in Wirklichkeit nicht weit her: Die Gemeinden und Kreise verwalten in der Hauptsache Vorgaben, die ihnen vom Land und vom Bund gemacht werden.

Wir wollen die Gemeinden, Städte und Kreise dagegen mit echtem Gestaltungsspielraum ausstatten. Sie sollen lokale Aufgaben selbst definieren und eigenverantwortlich erfüllen können. Dafür braucht es auch eine stärkere und direktere Beteiligung der Bürger an Entscheidungsprozessen. Außerdem muss ein fairer Wettbewerb der politischen Ideen gewährleistet sein. Die AfD tritt daher für mehr Bürgerentscheide und die Einrichtung von kommunalen Neutralitätsbeauftragten ein.

Als zentrale Frage der Entwicklung unserer Stadt ist der Haushalt und seine Ausgestaltung zu sehen.

Der Haushalt ist das Feld, in dem die kommunale Politik in der Stadt am meisten gestalten kann und muss.

Wir betrachten jede Finanzierung von Projekten, Verwaltungen oder Erhaltungsmaßnahmen durch die Stadt Hamm als einen Verwaltungsakt. Die Stadt selbst ist nie im Besitz von Geldern, sondern verwaltet diese lediglich im Interesse der Bürger, um bestmögliche Rahmenbedingungen für das Leben in unserer Stadt sicherzustellen.

Das Geld, welches ausgegeben wird, ist immer das der arbeitenden Bevölkerung, unabhängig davon, ob die Gelder aus der Kommune selbst oder aus Geldtöpfen von Land und Bund oder sogenannten Zwischenebenen kommen und darf daher nur mit äußerster Sorgfalt eingesetzt werden.

## Wir fordern grundsätzlich:

### Kommunales Steuerrecht – für eine aufgabengerechte Finanzordnung aller staatlichen Ebenen

Im Rahmen einer grundsätzlichen Steuerreform will die AfD den Kommunen kommunales Steuerrecht gewähren und damit eine Konsolidierung der Haushalte ermöglichen. Dabei soll die herkömmliche Grundsteuer abgeschafft und ein Rechtsrahmen geschaffen werden, der die Gegenfinanzierung durch eine hebesatzfähige Beteiligung der Gemeinden an der Einkommensteuer bzw. eine Erhöhung des Hebesatzes bei der Gewerbeertragssteuer sicherstellt.

Die Vorteile liegen auf der Hand: Der Erhebungsaufwand verringert sich, da die Daten bereits vorhanden sind. Die steuerliche Belastung wird ausschließlich nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit berechnet, und die Bürger werden stärker in die kommunalpolitischen Entscheidungen eingebunden.

Außerdem werden die Mieter durch niedrigere Nebenkosten entlastet. Die Änderung entspricht im Übrigen dem Verfassungsgebot einer wirtschaftskraftbezogenen Steuerquelle für Gemeinden nach Art. 28 Abs. 2 GG.

### Mehr Bürgerentscheide, mehr direkte Demokratie

Bürgerentscheide auf kommunaler Ebene sind das ideale Instrument, um die Teilhabe an den kommunalen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen zu gewährleisten. Sie befördern die Auseinandersetzung mit konkreten Sachfragen und stärken das Verantwortungsbewusstsein für das Gemeinwesen, dem man angehört.

Die Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen unterscheidet Bürgerentscheide „von unten“ (infolge eines Bürgerbegehrens) und „von oben“ (Ratsbürgerentscheid infolge eines Ratsbeschlusses). Durch organisatorische Hindernisse und Themenausschlüsse werden Bürgerbegehren und Bürgerentscheide jedoch oft behindert. Die Fraktionen der AfD in den neuen Stadträten und Kreistagen werden sich dafür einsetzen, dass deutlich mehr Entscheidungen als bisher durch Ratsbürgerentscheide auf die Bürger übertragen werden.

Damit werden auch die Voraussetzungen verbessert, auf der Bundesebene Volksentscheide nach Schweizer Vorbild einzuführen.

### Einführung von kommunalen Neutralitätsbeauftragten

Um einen offenen und fairen Wettbewerb der politischen Ideen zu gewährleisten, fordert die AfD die Einführung eines - politisch unabhängigen – kommunalen Neutralitätsbeauftragten. Dabei verzichtet dieser für die Dauer seines Amtes auf politische Aktivität. Er wird nach Vorschlag der Fraktionen mit mindestens Zweidritteln der Stimmen durch das jeweilige kommunale Organ ernannt. Zu seinen Aufgaben gehört die Einhaltung der politischen Neutralität (1) in den Institutionen kommunaler Trägerschaft, (2) bei der Förderung von Vereinigungen oder Projekten aus öffentlichen Mitteln und (3) in kommunalen Veröffentlichungen oder öffentlichen Erklärungen kommunaler Amtsträger.

### Kommunale Finanzpolitik mit Weitsicht, Bescheidenheit und Vernunft

Der kommunale Haushalt soll ausgeglichen sowie von Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit geprägt sein. Die AfD wird dafür eintreten, dass Investitionsentscheidungen zum Nutzen aller Bürger und unter Berücksichtigung der Folgekosten getroffen werden.

Die Gemeindesteuerreform der AfD zielt dabei auch auf die Beseitigung von haushaltsrelevanten Konstruktionsfehlern ab. So werden zum Beispiel wichtige kommunale Infrastrukturprojekte über Sonderprogramme des Bundes oder des Landes finanziert. Diese Methodik ist verfehlt, denn sie widerspricht dem Subsidiaritätsprinzip und produziert ständig falsche Investitionsanreize.

Luxusprojekte und rein ideologisch getriebene Projekte (z. B. „Klimamanager“) lehnen wir grundsätzlich ab.

### Die AfD wird sich für eine effiziente Verwaltung einsetzen

Das wirtschaftliche Gebaren der Kommunen gehört regelmäßig auf den Prüfstand. Die effiziente Erfüllung kommunaler Aufgaben muss regelmäßig durch neutrale Instanzen überprüft werden. Wirtschaftlich sinnvolle und risikoarme Privatisierungen oder Ausgliederungen sollten in Betracht gezogen werden, ohne Schattenhaushalte und Versorgungsposten zu etablieren. Die AfD wird die Einhaltung von Qualitäts-, Sozial- und Umweltstandards stets im Auge behalten.

### Kein Sale-and-Lease-Back von Gemeindeeigentum

Die AfD ist gegen den Einsatz von riskanten Finanzierungsmodellen. Sie lehnt daher Sale-and-Lease-Back und ähnliche Finanzierungsmodelle grundsätzlich ab. Bei diesen wird kommunales Vermögen an einen Vertragspartner verkauft und von diesem zurück geleast. Auf Seiten der Käufer entstehen dabei regelmäßig Gewinne, während die Kommunen auf lange Sicht gesehen enorme Kosten tragen müssen. Wir sind dagegen, dass folgende Generationen durch die Verschleierung und zeitliche Verschiebung von Lücken im kommunalen Haushalt belastet werden.

### Keine kommunale Amtshilfe beim Eintreiben der Rundfunkgebühren

Städte und Gemeinden müssen mit hohem Aufwand die Eintreibung von Rundfunkgebühren durchführen und dafür Personal bereitstellen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist jedoch keine Behörde und kann deshalb keine Amtshilfe beanspruchen. Wir fordern daher, dass die Kommunen von der Aufgabe der Eintreibung von Rundfunkgebühren entbunden werden.

### Finanzen und Verwaltung

Als zentrale Frage der Entwicklung unserer Stadt ist der Haushalt und seine Ausgestaltung zu sehen.

Der Haushalt ist das Feld in dem die kommunale Politik in der Stadt am meisten gestalten kann und muss.

### Bürgerhaushalt gestalten

Wir verstehen den Haushalt als Bürgerservice. Ein Teil des Haushaltes wird durch Pflichtauf- und ausgaben gebunden. Ein anderer Teil ist frei verwendbar. Dieser muss in die Hände der Bürger gelegt werden. Wir

fordern, die Entscheidungshoheit im frei verwendbaren Teil ein Stück an die Bürger zurückzugeben. In Onlineabstimmungen soll es den Bürgern ermöglicht werden, soweit dies die rechtlichen Rahmenbedingungen zulassen, über Projekte abzustimmen und ihre Meinung kund zu tun.

### Korruptionsprävention

Wir wollen Maßnahmen ergreifen, um jede Form der Korruption und Vorteilsannahme im kommunalen Umfeld sichtbar und durch strenge Strafen und außerordentliche Konsequenzen so unattraktiv wie möglich zu machen.

### Die Deutsche Sprache erhalten

Die unnötige Verwendung von Fremdsprachen durch die Verwaltung in Wort und Schrift wollen wir ebenso unterbinden, wie die Verwendung gengerter Sprache.

### Direkte Demokratie stärken

Die AfD steht für Subsidiarität, dient dem Bürger und setzt sich daher konsequenterweise für direkte Demokratie ein. Bürger sollen mehr Möglichkeiten erhalten, ihren Begehren Geltung zu verschaffen. Da Politiker nur als Diener und Vertreter der Bürger in ihrem Ehrenamt tätig sind, ist dies eines unserer Hauptanliegen. Die Altparteien haben sich in unserem Staat bequem eingerichtet. Die Vergabe von Ämtern und Mandaten zur Herrschaftssicherung hat ein Pfründesystem etabliert, in dem das Gemeinwohl oft Einzelinteressen geopfert wird. Der Staat ist so zu einer Beute der Parteien geworden.

Viele Bürger haben den Eindruck, dass die Politiker über ihre Köpfe hinweg entscheiden, ja, dass sich die Politik von der Wirklichkeit der Bürger generell weit entfernt hat. So entstehen Distanz, Enttäuschung und Verdrossenheit, welche die freiheitliche Demokratie schwächen. Die AfD ist nicht zuletzt deshalb entstanden, um diesem weitverbreiteten Empfinden Ausdruck zu verleihen und für Abhilfe zu sorgen.

### Transparenz

Da wir nichts zu verbergen haben, möchten wir die Reden bei den Sitzungen der gewählten Volksvertreter auch auf einem Kanal der Internetseite der Stadt Hamm übertragen lassen.

Die Reden und Anträge sollen zusätzlich in schriftlicher Form archiviert werden.

Als Vorlage für die Umsetzung kann man sich am Landtag NRW orientieren, so ist die maximale Transparenz und Einbindung der Bürger gewährleistet.

### Gegen die Aushöhlung der Volkssouveränität

In der Demokratie bildet das Volk den Souverän.

Das heißt: Das Volk entscheidet über seine eigenen Angelegenheiten.

Hiermit ist ein Wahlrecht für Ausländer prinzipiell nicht vereinbar.

Die AfD Hamm ist gegen eine Ausweitung des Landtags- wie auch des Bundestagswahlrechts auf Ausländer. Wir lehnen den Einwohnerantrag als Ersatz für den bisherigen Bürgerantrag ab. Der Einwohnerantrag berechtigt alle Einwohner –unabhängig von Nationalität und Aufenthaltsstatus, grundsätzlich damit auch den abgelehnten und ausreisepflichtigen Asylbewerber–, über Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft mitzubestimmen. Damit wird aber das Prinzip der demokratischen Selbstbestimmung durchbrochen.

# VERNUNFT STATT IDEOLOGIE

FRISCHER WIND FÜR UNSERE STADT:

***KREISVERBAND  
HAMM***



**Die AfD steht für Vernunftpolitik** statt einer ideologiegetriebenen Gestaltung der Gesellschaft. Wir anerkennen daher die grundlegende Bedeutung des Unternehmertums für ein gutes Miteinander vor Ort und in den Kommunen. Dabei muss es auch gelten, die nachrückenden Generationen mit den örtlichen und regionalen Strukturen und Bedarfen der Wirtschaft vertraut zu machen.

### Wirtschaftsförderung durch gute Infrastruktur und Freiräume für Wachstum

Mittelständische Unternehmen sind das Herz unserer Wirtschaft. Sie brauchen Freiräume für Wachstum und Veränderung. Dazu gehören auch attraktive Rahmenbedingungen in den Kommunen. Ein gutes Angebot an Gewerbeflächen, gute Verkehrsanbindungen, leistungsfähige Internetzugänge sowie eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung sind wichtige Standortfaktoren.

### Die lokale Wirtschaft aus der Corona-Krise führen

Durch die Corona-Krise sind viele Unternehmen in Schwierigkeiten geraten. Gesunde Unternehmen sind aber der Garant für gute Arbeitsplätze und sichern unseren Wohlstand. Wir wollen die lokale Wirtschaft mit dem Aussetzen von Sondernutzungsgebühren für die Außengastronomie, günstigen Parkgebühren, der Stärkung des lokalen Onlinehandels und durch gezielte Mitmachaktionen unterstützen.

### Gründerzentren und Gewerbecluster für das Handwerk schaffen

Die AfD möchte junge Menschen für eine Ausbildung zum Handwerk begeistern. Um die Standortattraktivität für angehende Selbstständige und Firmengründer zu erhöhen, setzen wir uns in Absprache mit der lokalen Kreishandwerkerschaft für die Einrichtung von Gründerzentren für junge Handwerksunternehmen ein.

Günstige Mietpreise und flexible Raum- und Werkstattmöglichkeiten (z.B. gemeinsam nutzbare Empfangs-, Büro- und Besprechungsräume, Teeküchen, Kopierräume, Telefonzentralen usw.) sollen eine neue Gründerkultur, parallel zur bereits geförderten Start-up-Szene, entfachen. Durch Ansiedlung verschiedenster Handwerke können innovative und produktive Synergieeffekte entstehen.

### Verantwortungsvolle Kommunalwirtschaft und fairer Wettbewerb

Die wirtschaftliche Betätigung der Kommune ist auf den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge zu begrenzen und darf in keinem unlauteren Wettbewerb zu privatwirtschaftlichen Angeboten stehen.

Die öffentliche Vorsorge, wie die Ver- und Entsorgung, die Gesundheitsvorsorge und der ÖPNV müssen durch die Kommune sichergestellt, aber nicht zwingend von ihr selbst erbracht werden.

### Wasser darf nicht privatisiert werden – Qualität der kommunalen Infrastruktur sichern

Im marktwirtschaftlichen Wettbewerb ergeben sich die besten Leistungen. Das öffentliche Gut Wasser ist jedoch als unabdingbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge eine kommunale Aufgabe. Deshalb sprechen wir uns gegen die Veräußerung der kommunalen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung an private Investoren aus. Privatisierte Versorgungssysteme wollen wir wieder an die Kommunen zurückführen. Wir wollen den Erhaltungszustand (z. B. Verlustquote im Wassernetz und Zustand der Straßen) der kommunalen Infrastruktur offenlegen und eine langfristige Planung für die Erneuerung sicherstellen. Die Bürger haben das Recht auf Transparenz bezüglich der zukünftigen Belastungen.

### Den Tourismus als Wirtschaftsfaktor fördern

Ein attraktives Tourismusangebot ist für unsere Region wichtig. Durch Synergien mit anderen Wirtschaftszweigen entsteht eine nicht zu unterschätzende Wertschöpfung. Wir wollen die touristische Infrastruktur ausbauen. Dazu gehören auch Radwege und der ÖPNV sowie spezifische Tourismusangebote. Vorhandene Kulturgüter, markante Architektur, Landschaft und Natur, Attraktionen im Bereich der Freizeit, Sport, Bildung und Wissenschaft müssen in ein Tourismuskonzept einbezogen werden.

### Sicherstellung der lokalen Bargeldversorgung

Zahlreiche kommunale Sparkassen reduzieren die Anzahl ihrer Geschäftsstellen immer weiter. Der dadurch voranschreitenden Bargeldabschaffung treten wir entschieden entgegen. Die kommunalen Geldinstitute müssen verpflichtet werden, eine flächendeckende Versorgung mit Bankdienstleistungen und Bargeld beizubehalten.

### Wir wollen die regionale Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte fördern und entbürokratisieren

Die Landwirte versorgen die Bevölkerung mit hochwertigen Produkten, und immer mehr Menschen wollen bewusst regionale Produkte kaufen. Wir wollen die Vernetzung der Landwirte mit der Bevölkerung durch Bauernmärkte, Wochenmärkte und die Teilnahme an regionalen Ausstellungen fördern. Dabei spielt nicht nur eine kurze Lieferkette, sondern auch die bewusste Stärkung heimischer Produzenten eine Rolle. Als Heimatpartei begrüßt die AfD diesen Trend ausdrücklich und möchte daher die regionale Vermarktung stärken. Bürokratische Hindernisse für den Betrieb von Hofläden und Wochenmärkten darf es nicht geben.

### Regionale Fleisch- und Wurstwaren statt industrielle Schlachtfabriken

Aufgrund der EU Hygiene- und Bürokatievorschriften schlachten viele Metzger nicht mehr selbst. Regionale Schlachthöfe schließen, und die Tiere werden zu entfernten Schlachtbetrieben transportiert. Mit Hygienevorschriften nach Maß und dem Abbau unnötiger Bürokratie wollen wir den örtlichen Metzgereien die eigene Schlachtung erleichtern. Die Kunden sollen weiterhin beim örtlichen Metzger regionale Fleisch- und Wurstwaren kaufen können, der die Tiere der heimischen Bauern schlachtet und verarbeitet.

# SICHERHEIT UND DER ÖFFENTLICHE RAUM

FRISCHER WIND FÜR UNSERE STADT:

**KREISVERBAND** **AfD**  
**HAMM**



**Nordrhein-Westfalen** weist zusammen mit Sachsen-Anhalt die höchste Kriminalitätsrate unter den Flächenstaaten der Bundesrepublik auf. Clan-Kriminalität und die aus dem Ausland kommenden Geldautomaten-Sprenger sind nur zwei der typischen Kriminalitätsformen, die unser Land plagen.

Die von Soziologen vorausgesagte Maskulinisierung des öffentlichen Raums infolge der irregulären Massenzuwanderung seit 2015 ist längst eine für jedermann sichtbare Tatsache. Insbesondere abends und nachts sind viele Innenstädte zu unsicheren Zonen geworden, vor deren Betreten die Polizei oft unverhohlen warnt.

Die Inbesitznahme öffentlicher Räume durch Gruppen unbekannter Zuordnung hat zu einem Rückzug vieler Bürger von dort geführt. No-Go-Areas sind längst nicht mehr nur ein Merkmal südafrikanischer oder südamerikanischer Großstädte, sondern existieren auch in unserem Land. Sicherheitskontrollen, Absperrpoller und Frauenschutzzonen sind heute selbstverständlicher Bestandteil öffentlicher Veranstaltungen.

Diese Zustände müssen beendet werden! Die AfD steht wie keine andere Partei für Rechtsstaatlichkeit und ein wehrhaftes Gemeinwesen auf allen Ebenen der Legislative und Exekutive. Die Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung muss daher auch auf kommunaler Ebene höchste Priorität besitzen!

Die Sicherheit seiner Bürger ist der zentrale Daseinszweck des Staates. Sie ist nicht nur Voraussetzung für Freiheit, Demokratie und Wohlstand, sondern auch für die persönliche Entfaltung des Einzelnen. Die Gewährleistung der Sicherheit ist einerseits von einem gemeinschaftsorientierten Werte-, Sitten- und Normengefüge abhängig, das sich über Jahrhunderte hinweg ausgeprägt hat. Andererseits ist sie auf die Durchsetzung von Recht und Ordnung durch den Staat angewiesen. Eine intakte Rechtsordnung fußt auf unhinterfragten Selbstverständlichkeiten, die es in der von allen Altparteien angestrebten multikulturellen Gesellschaft nicht geben kann. Deshalb weist die AfD Hamm entschieden das Ansinnen zurück, unsere über Generationen gewachsene Vertrauensgesellschaft in eine multikulturelle Gesellschaft aufzulösen. Rechtsstaatlich geordnete Sicherheit wird zudem dort infrage gestellt, wo der politische Wille zu ihrer Durchsetzung fehlt. Dies ist derzeit am Verzicht auf einen wirksamen Schutz unserer Staatsgrenzen am deutlichsten erkennbar. Millionen Menschen sind in den zurückliegenden Jahren illegal in unser Land gekommen. Die

überdurchschnittlich hohe Kriminalitätsrate der Zugewanderten ist in besonderem Maße für die Erosion unserer Sicherheit verantwortlich. Den gesetzlich vorgesehenen, aber nicht durchgesetzten Grenzschutz bezahlen wir Bürger im Inneren auch mit Eingriffen in unsere Freiheitsrechte und mit einer erheblichen Einschränkung unserer Lebensqualität. Wir treten für einen Rechtsstaat ein, in dem sich jederzeit alle, insbesondere Frauen, ohne Angst in der Öffentlichkeit bewegen können.

*Die Freiheit, die das Grundgesetz bietet, ist nicht den Draufgängern, den Abenteurern und den Helden vorbehalten, sondern für Bürger da, und zwar für alle Bürger, auch für die Wehrlosen, für die es keine Mutprobe werden darf, sich auf die Straße zu trauen. Freiheit zu achten und Sicherheit herzustellen, beides ist Aufgabe des Rechtsstaats. (...) Die Grundlage dieses rechtsstaatlichen Sicherheitskonzepts ist heute brüchig geworden. Der Staat neigt dazu, private Gewalt wie überhaupt privaten Rechtsbruch in bestimmtem Umfang hinzunehmen. (...) In die Schutzlücke drängen private Sicherheitsdienste.»*  
*Prof. Dr. Josef Isensee, Staatsrechtler, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn*

### **Wir fordern:**

#### **Mehr Personal für die Einsatzbereiche der Polizei**

Seit dem Jahr 2015 haben Straftaten wie Sexualdelikte, Raub und Messerstecherei stark zugenommen, viele davon unter Beteiligung von Zuwanderern (*aufgeklärte Sexualdelikte mit mindestens einem tatverdächtigen Zuwanderer 2014=949, 2018=6046, Quelle: BKA, Kriminalität im Kontext von Zuwanderung 2018*).

Das Sicherheitsgefühl der Menschen in unserem Land hat infolgedessen stark gelitten. Der Kriminalitätsrate bei Gewaltdelikten muss entschlossen entgegengewirkt werden, damit sich die Bürger und Bürgerinnen sicher im öffentlichen Raum bewegen können. Die AfD fordert daher, das Personal im Streifendienst deutlich aufzustocken.

#### **Für eine Sicherheitspartnerschaft von Ordnungsamt und Polizei**

Einige Gemeinden in NRW haben erfolgreich eine engere Zusammenarbeit von Polizei und Ordnungsämtern geschaffen. Das Konzept der

Sicherheits- und Ordnungspartnerschaft soll ausgebaut und gestärkt werden. Dazu gehört auch eine intensivere Bestreifung durch das Ordnungsamt zur Verhinderung von Einbrüchen, Autoaufbrüchen und anderen Straftaten, auch zu den Nachtzeiten. Die AfD tritt ferner für die konsequente Nutzung der Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten ein.

### Ein sicheres Zuhause – weniger Einbrüche durch achtsame Nachbarschaften

Achtsame Nachbarschaften können einen wichtigen Beitrag zur Prävention von Einbrüchen leisten. Die rasche Meldung verdächtiger Aktivitäten an die nächste Polizeidienststelle und deren Erscheinen vor Ort erreicht auch bei noch nicht ausgeführter Tat einen Abschreckungseffekt. Die AfD-Fraktionen in den Stadträten und Kreistagen werden sich für entsprechende Kampagnen zur Sensibilisierung der Bevölkerung und für deren Einbindung in die Kriminalprävention einsetzen.

# STABILE FAMILIEN - KEIMZELLEN DER GANZEN GESELLSCHAFT

FRISCHER WIND FÜR UNSERE STADT:

**KREISVERBAND  
HAMM AFD**



**Die AfD wird auch in der Kommunalpolitik** einen Schwerpunkt auf die Familienpolitik legen. Dabei bekennen wir uns zur traditionellen Familie und zum Zusammenhalt zwischen den Generationen als Leitbild. Die zunehmende Übernahme der Erziehungsaufgabe durch staatliche Institutionen untergräbt hingegen die Familie als wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit.

Unsere Städte und Dörfer bilden den unmittelbarsten Raum, in welchem sich der Alltag von Kindern und Eltern abspielt. Ihn familienfreundlich zu gestalten, sollte als eine der vornehmsten Aufgaben der Kommunen verstanden werden.

#### Einrichtung von Familienausschüssen

Wir setzen uns dafür ein, dass ein Familienausschuss oder ein Amt für Familienpolitik gebildet wird. Bisher sind Familienthemen in verschiedene Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung (Sozial-, Jugend-, Wohnungs-, Bau-, Kultur- und Schulamt etc.) eingebunden und werden damit häufig von den jeweiligen Ressortinteressen überlagert. Um die kommunale Familienpolitik aufzuwerten, fordert die AfD die Einrichtung eines Familienausschusses.

#### Gleichstellungsbeauftragte durch Familienbeauftragte ersetzen

Familien mit Kindern sind unsere Zukunft und brauchen gerade auf kommunaler Ebene eine starke Interessenvertretung. Die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sollen daher durch Familienbeauftragte ersetzt werden. Sie sollen familienfreundliche Entscheidungen sicherstellen und eine Familienpolitik unterstützen, die sich an den wirklichen Bedürfnissen von Familien orientiert. Kommunale Leistungen und Verwaltungsabläufe sollen systematisch auf Familienfreundlichkeit untersucht und angepasst werden.

#### Freie Fahrt für Kinder im öffentlichen Nahverkehr

Die AfD will Kinder in den Bereichen Kunst, Kultur und Sport fördern sowie deren Teilnahme am gesellschaftlichen Miteinander sichern. Familien stehen oft vor großen logistischen und finanziellen Problemen. Wir fordern daher, Schüler von den Fahrkosten im öffentlichen Nahverkehr ihrer Kommune freizustellen.

**Die AfD setzt sich dafür ein, dass die Kommunen Kinder willkommen heißen**  
Als Zeichen der Wertschätzung, aber auch zur konkreten Unterstützung junger Eltern, fordern wir die Kommunen auf, nach Geburt eines Kindes Kontakt zu den Eltern aufzunehmen. Die Eltern erhalten eine Übersichtsmappe mit Informationen zu allen Familienangeboten in der Kommune und ausgewählte Broschüren rund um die erste Zeit mit dem Kind.

### **Kostenfreie Kitas für Kinder ab 3 Jahren**

Für Kinder ab einem Lebensalter von drei Jahren ist der Besuch einer Kita für das Zusammenkommen mit anderen Kindern, den Erwerb von Sozialkompetenzen und die Vorbereitung auf die Schule vorteilhaft. Um Eltern finanziell zu entlasten, fordern wir, Kitas für Kinder ab 3 Jahren mit einer Betreuungszeit von bis zu 25 Stunden kostenfrei anzubieten. Die einkommensabhängigen Elternbeiträge sollen vollständig abgeschafft werden.

### **U3-Betreuung an die Bedürfnisse unserer Kleinkinder anpassen**

Kinder unter drei Jahren fühlen sich am wohlsten, wenn sie durch ihre eigenen Eltern betreut werden. Ist eine Fremdbetreuung notwendig oder erwünscht, sollte auf das Bedürfnis unserer Kleinsten nach einer kontinuierlichen Betreuungsperson Rücksicht genommen werden. Dies ist bei Tagesmüttern und Kinderfrauen eher gegeben als in staatlichen Krippen, in denen sowohl die Betreuungsschlüssel als auch die Personalfrequenz zu hoch sind. Wir fordern die Kommunen daher auf, ihr Angebot an individuellen Fremdbetreuungen auszubauen. Weiterhin sollten junge Eltern über die Bedeutung der frühkindlichen Bindung aufgeklärt werden. In den Krippen ist die leistungsgerechte Bezahlung des Personals durch die Kommunen zu sichern und die Weiterbildung zu fördern.

### **Flexible Ganztagsbetreuung für mehr gemeinsame Zeit mit den Kindern**

Für Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen möchten und können, müssen Kitaplätze mit geringen Betreuungszeiten von 15-20 Wochenstunden sowie Halbtagschulen und offene Ganztagschulen angeboten werden. Eine von der Kommune oder der Trägerschaft auferlegte Verpflichtung, Kinder nicht vor oder nach Absprache nach bestimmten Uhrzeiten aus einer Betreuungseinrichtung abholen zu können, lehnen wir ab. Moderne Arbeitszeitmodelle erfordern ebenfalls zunehmend flexible Abholzeiten.

### Wohnortnahe Kita-Platz-Vergabe an Berufstätige

Um berufstätigen Eltern die Doppelbelastung durch Beruf und Familie zu erleichtern, werden wir uns dafür einsetzen, dass freie Plätze in öffentlich geförderten Kitas wohnortnah und prioritär an berufstätige Eltern vergeben werden. Der (Wieder-)Einstieg ins Berufsleben darf nicht monate- oder gar jahrelang behindert werden, weil keine Kitaplätze in zumutbarer Entfernung verfügbar sind oder diese an Kinder nicht berufstätiger Eltern vergeben wurden.

### Kommunale Arbeitgeber als Vorreiter der Vereinbarkeit von Beruf und Familie

In vielen kommunalen Verwaltungen, Trägerschaften und Eigenbetrieben gibt es bereits die technologische Infrastruktur, um die Arbeitswelt mobiler und familienfreundlicher zu gestalten. Die AfD begrüßt eine Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen wie Tele-Arbeit, Home-Office und Gleitzeit zugunsten berufstätiger Eltern und Alleinerziehender. Wir wollen darauf hinwirken, dass auch in der Privatwirtschaft eine flächendeckende Abkehr von starren Arbeitsprozessen stattfindet.

### Arbeitsbedingungen von Angestellten in kommunalen Krankenhäusern verbessern

Jeder Bürger weiß, wie wichtig der Gesundheitsbereich für unser tägliches Leben ist. Die AfD fordert deshalb, kommunale Kliniken zu einem Vorbild für die Wertschätzung der patientennahen Arbeit zu machen. Mit Konzepten für verbindliche Besetzungsschlüssel, fairen Löhnen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen die Kommunen bei den kommunalen Krankenhäusern ein Zeichen für eine moderne Gesundheitsvorsorge setzen.

### Ausbau des Angebots an Teilzeitausbildungen für junge Mütter und Väter

Insbesondere der Personenkreis der Alleinerziehenden bedarf oft schon bei der Heranführung an den Ausbildungsmarkt intensiver Unterstützung, damit familiäre Verpflichtungen mit einem erfolgreichen Berufsabschluss einhergehen können. Die AfD ruft deswegen kommunale Verwaltungen und Behörden auf, eine Vorbildfunktion für private Arbeitgeber beim Angebot an Teilzeitausbildungen für junge Erziehende einzunehmen.

# SCHULE UND BILDUNG - UNSEREN KINDERN DIE ZUKUNFT ERSCHLIEßEN

FRISCHER WIND FÜR UNSERE STADT:

**KREISVERBAND  
HAMM AFD**



**Das Menschenbild der AfD** gründet sich auf abendländisch-humanistische Werte und stellt für den Bildungsbereich den Begriff der Chancengerechtigkeit ins Zentrum. Das Ziel der Bildungsprozesse ist die im Leben selbständig handlungsfähige Persönlichkeit. Sie bewährt sich im Wechselverhältnis von Freiheit und persönlicher Verantwortung.

Moderne Gesellschaften sind komplexe soziale Systeme. Nur ein ausdifferenziertes Schulsystem kann jeden Schüler gemäß seiner Lernbereitschaft und Leistungsfähigkeit fördern und die nachrückenden Generationen in ihrer Gesamtheit auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereiten.

Keinesfalls dürfen unsere Schulen zu Orten der weltanschaulichen oder politischen Indoktrination werden. Die AfD sieht diesen Grundwert als gefährdet an und setzt sich für Maßnahmen zur Einhaltung des Neutralitätsgebotes an Schulen ein.

### *Wir fordern:*

#### **Die Qualität des Regelunterrichts muss wieder verbessert werden**

Der Regelunterricht muss Priorität haben und darf nicht unter der Beschulung von Flüchtlings-, Asylbewerber- und Zuwandererkindern leiden. Qualitativ hochwertiger Regelunterricht kann nur in Klassen stattfinden, in denen alle Schüler die deutsche Sprache altersgemäß beherrschen und mit den hiesigen sozialen und kulturellen Regeln vertraut sind. Aus diesem Grund ist es wichtig, in ausreichendem Maß spezielle Förderklassen für Zuwanderer zu bilden.

#### **Schulische Vielfalt bedeutet den Erhalt aller Schultypen**

Nur ein gegliedertes Schulsystem kann auch Schülern mit Förderbedarf optimale Bildungschancen bieten. Der Fortbestand der Förderschulen muss daher strukturell gesichert werden.

In vielen Städten Nordrhein-Westfalens sind die Förderschulen zudem hochgradig ausgelastet und stoßen angesichts stetig steigender Schülerzahlen an ihre Kapazitätsgrenzen. Deshalb müssen finanzielle Mittel für den Erhalt aller Schultypen bereitgestellt werden. Eine einseitige Förderung der Gesamtschulen zulasten der Haupt- und Realschulen lehnen wir ab.

### JA zur offenen Ganztagschule – NEIN zur verpflichtenden Ganztagschule

In vielen Familien sind beide Elternteile berufstätig, sodass nicht alle Kinder den Vorteil einer Betreuung in der Familie genießen. Offene Ganztagschulen mit einem guten Konzept und qualifiziertem Fachpersonal können eine sinnvolle Ergänzung zur familiären Betreuung darstellen. Ein solches Angebot darf jedoch nicht für alle Schüler einer Schule verpflichtend sein.

### Alle Schüler müssen bis zum Ende ihrer Grundschulzeit schwimmen lernen

Schwimmunterricht darf nicht aus organisatorischen Gründen vom Lehrplan der Schulen gestrichen werden. Schwimmunterricht muss fester Bestandteil des Grundschulsportes sein. Die AfD fordert, dass alle Schüler bis zum Ende ihrer Grundschulzeit schwimmen können.

### Die Digitalisierung der Schulen muss gefördert und ihre technische Ausstattung verbessert werden

Digitalisierung kann den klassischen Unterricht nicht ersetzen, jedoch unterstützen. Dafür muss es an jeder Schule eine Breitband-Internetanbindung und in den Klassenzimmern eine Mindestausstattung mit PC, Dokumentenkamera und Beamer geben. Die personelle Unterstützung der Schulen bei der Einrichtung, Wartung und Pflege der digitalen Infrastruktur muss durch den Schulträger gewährleistet werden.

Die Digitalisierung darf aber nicht zu einer Verdrängung und Abwertung bewährter Lehrmittel, wie Buch und Tafel, führen. Digitale und nicht-digitale Medien schließen sich nicht aus, sondern ergänzen sich.

### Disziplinlosigkeit und Gewaltbereitschaft an den Schulen eindämmen

Disziplinlosigkeit und eine zunehmende Gewaltbereitschaft an unseren Schulen erschweren zunehmend einen ordnungsgemäßen Unterricht. Lehrer und betriebliche Ausbilder beklagen zum Teil massive Erziehungsdefizite.

Vielfältige soziale Probleme und unregelte Migration verschärfen diese Entwicklung. Um hier Abhilfe zu schaffen, fordert die AfD einen systematischen Ausbau der Schulsozialarbeit.

### Eingreifen des kommunalen Neutralitätsbeauftragten an den Schulen

Zunehmend werden Fälle von Verstößen gegen das politische und weltanschauliche Neutralitätsgebot an Schulen bekannt: Politische Bildung wird einseitig mit dem Kampf gegen Andersdenkende gleichgesetzt. Konflikte, die im Zusammenhang mit kulturellen und religiösen Unterschieden in der Schülerschaft stehen, werden dagegen ausgeblendet.

Die AfD fordert daher ein Tätigwerden des kommunalen Neutralitätsbeauftragten auch in den Schulen.

### Keine Einschränkung der Speisepläne an öffentlichen Schulen

An vielen Schulen in NRW wird das Schulessen durch religiös begründete Verbote allgemein eingeschränkt, z. B. durch den Ausschluss von Schweinefleisch. Die AfD betrachtet dies als Verstoß gegen das Neutralitätsgebot und fordert, dass sich deutsche Schulen in keiner Weise fremden Speisegesetzen unterwerfen. Die Wahlfreiheit muss uneingeschränkt erhalten bleiben.

# WOHNEN UND LEBEN

FRISCHER WIND FÜR UNSERE STADT:

*KREISVERBAND  
HAMM* **AfD** 

**Lebensqualität** bemisst sich am Alltagsgeschehen. Gesicherte Versorgung, eine saubere Umgebung, angenehme soziale Kontakte und eine sinnvolle Freizeitgestaltung tragen wesentlich zu einer guten Lebensqualität bei.

Wichtigster Ort des Alltagslebens ist für die meisten Menschen die eigene Wohnung. Wohnen ist kein Luxus, sondern ein Grundbedürfnis und ein Menschenrecht.

Es ist ein alarmierendes Zeichen, dass heute ausgerechnet das Grundrecht auf Wohnen für viele Menschen mit schweren Belastungen verbunden ist. Die wichtigsten Ursachen hierfür sind die Übernahme großer Wohnungsbestände durch transnationale, renditeorientierte Investoren, die Vernachlässigung des sozialen Wohnungsbaus und die irreguläre Massenzuwanderung von Personen, die gleichwohl nach deutschem und europäischem Asylrecht versorgungsberechtigt sind.

### Schluss mit Vermüllung und Vandalismus

Den meisten Menschen ist ein schönes und lebenswertes Wohnumfeld wichtig. Oft wird jedoch das Erscheinungsbild von ganzen Wohnvierteln durch Vermüllung und Vandalismus beeinträchtigt. Solches Fehlverhalten wird meist nicht verfolgt, während es erhebliche Kosten verursacht (die Stadt Köln etwa gibt jährlich 7 Mio. Euro allein für die Beseitigung illegal abgeladenen Mülls aus). Hinzu kommt das achtlose Wegwerfen z. B. von Kippen, Kaugummis und anderen Gegenständen, die die öffentlichen Wege verschmutzen und die Kosten für die Straßenreinigung erhöhen. Auch Graffiti stören oft das Auge an öffentlichen Plätzen und verunstalten ganze Fassadenzüge.

Die AfD wird dieser Verwahrlosung entgegenzutreten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Schmierereien, die illegale Anbringung von Aufklebern und Plakaten, die mutwillige Verschmutzung des öffentlichen Raumes und die Zerstörung von Gemeinschaftseigentum wirksam bekämpft werden. In Härtefällen werden wir Haus- und Grundstückseigentümer bei der Beseitigung solcher Beschädigungen an ihrem Eigentum unterstützen.

Gleichzeitig werden wir uns dafür einsetzen, dass Künstler vermehrt Gelegenheit erhalten, öffentliche Räume ansprechend zu gestalten.

### Die AfD fordert bezahlbaren Wohnraum für alle Bürger

Es ist nicht hinnehmbar, dass Bürger mit niedrigem Einkommen Warmmieten in Höhe von 30% und mehr ihres Nettoeinkommens entrichten müssen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass der soziale Wohnungsbau stärker gefördert wird und bevorzugt hierbei die Förderung von Genossenschaften.

### Mehrgenerationenhäuser für mehr Gemeinschaft zwischen Jung und Alt

Die AfD setzt sich zum Ziel, auf kommunaler Ebene durch bezahlbaren Wohnraum junge Familien, Studenten und Senioren näher zusammenzubringen. Dies setzt der Einsamkeit im Alter etwas entgegen und erlaubt es rüstigen Menschen, durch Betreuung von Kindern oder Hilfe bei Hausaufgaben sich weiterhin als wertvolle Mitglieder der Gemeinschaft zu erfahren. Ein weiterer Aspekt ist die Förderung des Respekts vor älteren Menschen und ihrer Lebensleistung, der jungen Menschen mit auf den Weg gegeben wird.

### Gemeinschaftswohnheime für Auszubildende und Studenten

NRW hat die höchste Universitäts- und Hochschuldichte weltweit. Gleichzeitig befinden sich im Land knapp 300.000 junge Menschen in einer dualen Ausbildung. Beide Gruppen leiden aber gleichermaßen unter den steigenden Mietpreisen und der Wohnraumverknappung infolge einer verfehlten Wohnungspolitik. Während an den Universitätsstandorten die Wohnheimplätze notorisch zu gering sind, ist ein entsprechendes Angebot für Auszubildende überhaupt nicht existent.

Die AfD setzt sich dafür ein, die Alltagssituation für die Berufstätigen von morgen zu verbessern. Dazu gehören kurze Wege von der Wohnung zum Ausbildungsplatz und die Möglichkeit, erste Erfahrungen im eigenen Haushalt zu machen, soziale Kontakte zu knüpfen und Verantwortung für sich selbst zu übernehmen.

Die räumliche Trennung von Auszubildenden und Studenten betrachten wir jedoch als eine überholte soziale Praxis. Beide Gruppen sollten vielmehr in der Freizeit einander begegnen und Einblicke in die Welt der jeweils anderen gewinnen können. Die AfD tritt deshalb dafür ein, geeignete Grundstücke zu erschließen und den Bau von Gemeinschaftswohnheimen für Auszubildende und Studenten zu fördern.

### Bürokratie im Bauwesen reduzieren

Ständig neue Vorschriften und Gesetze und die Übertragung vieler Ausführungsaufgaben über Internet-Portale an die Bürger bedeuten Alltagsstress und ein komplexes Selbstmanagement.

Das betrifft auch die Genehmigung von Bauvorhaben. Viele Vorhaben werden durch ein Gestrüpp von Verfahrensvorschriften unnötig verzögert und verteuert. Bauämter dürfen sich aber nicht zu Bauverhinderungsbehörden entwickeln. Private Initiative im Baubereich muss gefördert, nicht behindert werden!

Die AfD wird sich deshalb dafür einsetzen, dass Genehmigungsprozesse optimiert und die Bauvorschriften auf das notwendige Maß reduziert werden. Bauen muss wieder einfacher und preisgünstiger werden!

### Stadtumbau West

Im Westen der Stadt Hamm gibt es nicht nur erhöhten Handlungsbedarf, sondern es handelt sich hier fast schon um einen kompletten Sanierungsfall. Die verbliebene Bausubstanz die den zweiten Weltkrieg überlebt hat, muss erhalten, saniert und modernisiert werden, so dass der Stadt die Identität erhalten bleibt. Die aktuelle Entwicklung zu einem Getto muss sofort gestoppt werden.

### Mit altersgerechten Wohnkonzepten den Pflegenotstand lindern

In wenigen Jahren schlägt die demographische Falle doppelt zu. Immer mehr pflegebedürftigen Menschen stehen immer weniger ausgebildete Pfleger gegenüber. Die AfD fordert deshalb, das Konzept der häuslichen Pflege zu stärken und neue Wohnmodelle für ältere Bürger zu fördern.

### Nutzung leerstehender Flüchtlingscontainer

In zahlreichen Kommunen stehen Hunderte von Wohncontainer leer, die im Zuge der Migrationskrise aufgestellt wurden. Die meisten Asylberechtigten und Geduldeten aus dieser Zeit sind inzwischen in den regulären Wohnungsmarkt übergegangen. Somit bietet sich in den leerstehenden, vollfunktionsfähigen Containern eine dauerhafte Unterbringungsmöglichkeit für Obdachlose und temporär wohnungslose Mitmenschen an.

### Frauenhäuser ausreichend finanzieren

Infolge der Migrationskrise seit 2015 ist der Anteil an Ausländerinnen

und Frauen mit Migrationshintergrund in den Frauenhäusern noch einmal gestiegen und beträgt vielerorts weit über 50 Prozent. Viele der Einrichtungen sind überfüllt oder können keine Hilfe geben. Die Mittel für die öffentliche Finanzierung von Frauenhäusern müssen daher aufgestockt werden, um den Schutz von misshandelten oder von häuslicher Gewalt bedrohten Frauen zu gewährleisten.

## EHRENAMT

### Vereine stärken, Bürokratie abbauen

Regionale Kultureinrichtungen, Veranstaltungen und Vereine stärken die Identität und haben positive Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort. Kommunale Räume sollen Vereinen kostengünstig zur Verfügung stehen. Die AfD setzt sich für die Unterstützung kultureller kommunaler Projekte, sowie die finanzielle Förderung von Sportstätten ein, aber auch für die Vereinfachung und den Abbau von Bürokratie. Sport steigert das Wohlbefinden und beugt einer Vielzahl von Krankheiten vor bzw. lindert diese. Wir wollen daher Sportvereine stärken und unterstützen und Fördermöglichkeiten ausnutzen, um den Bedarf an Sportanlagen vollständig zu decken.

### Das Ehrenamt im Sportbereich stärken

Die als ehrenamtliche Trainer, Übungsleiter, Betreuer, Kampf- oder Schiedsrichter im Sport tätigen Bürger sind ein unschätzbare Wert für unsere Gesellschaft. Die AfD tritt daher für mehr Wertschätzung und Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit ein.

Nur gut ausgebildete Trainer können eine nachhaltige und erfolgreiche Vereinsarbeit gewährleisten. Wir fordern, dass Ausbildungs- oder Trainerlizenzkosten für Personen, die ehrenamtlich ihre Freizeit in Sporteinrichtungen investieren, von öffentlichen Trägern oder Vereinen übernommen und Aufwandsentschädigungen in angemessener Höhe gezahlt werden.

### Bildungspakt Jung und Alt

Die AfD setzt sich für einen stärkeren Zusammenhalt zwischen den Generationen ein. Auszubildenden und Studenten, die sich ehrenamtlich in Einrichtungen für Senioren und Pflegebedürftige engagieren, soll im Rahmen

eines „Bildungspaktes Jung und Alt“ ein zinsfreies Darlehen ermöglicht werden. Hierfür sollen Städte und Gemeinden zusammen mit Industrie- und Handelskammern, Stiftungen, Verbänden und Unternehmen Wege finden, einen Fonds einzurichten. Das Darlehen soll monatlich und angepasst an ein Haupteinkommen ausgezahlt werden. Es darf den Gesamtbetrag von 5.000 Euro nicht übersteigen. Das ehrenamtliche Engagement muss wöchentlich mindestens vier Stunden betragen. Hierfür stellt die betreffende Institution eine Bescheinigung aus, die beim Fondsverwalter digital eingereicht wird. Bei Beendigung des Ehrenamtes endet auch die Auszahlung. Die Konditionen der Rückzahlung des Darlehens bestimmt die Kommune.

## SPORT

### Die AfD fördert den Sport in allen gesellschaftlichen Bereichen

Sport fördert den Zusammenhalt und das Gemeinschaftsgefühl. Sport ist auch ein wichtiger Bestandteil einer erfolgreichen kommunalen Entwicklungspolitik und stärkt unsere Gesellschaft. Für die AfD ist die Förderung des Behinderten- und Gesundheitssports genauso wichtig wie der Spitzensport.

### Erhalt und Ausbau von Sportstätten für Schul-, Vereins- und Breitensport

Sowohl für den Schulsport, den Vereins-, Breiten- und Spitzensport sind die Erhaltung und der Ausbau unserer Sportinfrastruktur von herausragender Bedeutung. Entsprechend ist der jahrelange Verfall dieser Infrastruktur in den Kommunen und Vereinen aufzuhalten und der Sanierungsstau vor allem bei Schulsportstätten und Schwimmhallen zu beenden. Die Mittel für die Sanierung von Schulsportstätten sollten dazu unbürokratisch abrufbar sein.

## GESUNDHEIT

### Die AfD will die regionale Gesundheitsversorgung erhalten

Jede vierte Klinik in NRW ist von der Schließung bedroht. Die jahrelange staatliche Unterfinanzierung der Krankenhäuser bedroht daher die wohnortnahe Gesundheitsversorgung, insbesondere in ländlichen Gebieten. Mit den Krankenhäusern verschwinden auch die Notfallambulanzen.

Die AfD fordert eine auskömmliche Krankenhausfinanzierung durch alle beteiligten Partner. Die Gesundheitsversorgung muss auch nach dem objektiven Bedarf und nicht nur nach Kosten-Nutzen-Aspekten erfolgen.

Geburtshilfe- und Kinderstationen müssen auch bei temporär geringer Auslastung vorgehalten werden.

### Deutschsprachige Ärzten in Krankenhäusern sicherstellen

In Hamm gibt es viele Krankenhäuser wo Ärzte die Deutsche Sprache nicht komplett beherrschen. Dies führt zu einer erheblichen Unsicherheit bei Patienten, die oft ihr Leiden nicht richtig vermitteln können oder sich missverstanden fühlen. Dies darf nicht sein. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Patienten immer klar verstanden werden und sich sicher aufgehoben fühlen.

## KULTUR

### Die AfD unterstützt die Förderung von städtischen Musikschulen

Musik ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Kultur. Die musikalische Bildung und das Musizieren wirken sich positiv auf die Entwicklung von Kindern aus. Die musikalische Früherziehung erfolgt am besten in den Musikschulen.

Wir setzen uns für bezahlbare Teilnahmegebühren an den Musikschulen ein, damit allen Kindern und Erwachsenen der Zugang zu den Musikschulen offen steht.

### Bewahrung und Förderung der heimatlichen Kultur

Das regionale Brauchtum hat – oft über Jahrhunderte – unsere Region geprägt und ist somit wesentlicher Bestandteil des Heimatgefühls. Regionale und traditionelle Feste und Umzüge schaffen Heimatverbundenheit und stärken das Gemeinschaftsgefühl. Die AfD setzt sich für den Erhalt dieser Traditionen ein und lehnt es ab, diese durch Umbenennungen, Umdeutungen oder Auflagen ihres Charakters zu berauben. Auch traditionelle Namen und Bezeichnungen sind Bestandteil der regionalen Kultur und müssen erhalten bleiben. Einer Umbenennung des Sankt-Martins-Umzugs in „Lichterfest“ treten wir entschieden entgegen!

Teure Sicherheitsauflagen (z.B. die „Merkel-Poller“) wegen der neuen Bedrohungen dürfen nicht Ehrenamtlichen, Vereinen oder Gewerbetreibenden aufgebürdet werden. Auch Feuerwerke oder Osterfeuer dürfen nicht der grünen Verbotspolitik zum Opfer fallen.

Die Heimatkultur stellt einen wichtigen Bezugspunkt für die Identifika-

tion mit unseren Städten und Regionen dar. Diese Werte will die AfD pflegen und fördern. Deutschland muss als vielfältige Kulturnation erhalten bleiben.

### Erhalt historischer Bausubstanz

Den Bürgern ist ein schönes und lebenswertes Wohnumfeld wichtig. Zunehmend wird jedoch alte Bausubstanz durch architektonisch einförmige, energie- und wohnraumeffizientere Gebäude ersetzt – besonders dann, wenn ortsferne Investoren beteiligt sind.

Dies zerstört vielfach das individuelle und gewachsene Stadtbild zu Gunsten einer „internationalen“, renditeoptimierten Bebauung. Grünflächen entfallen und die Orte werden stark innenraumverdichtet. Das führt neuerdings auch dazu, dass gesamte Grundstücke mit Gebäuden und Parkflächen versiegelt werden. Die AfD wird sich für den Erhalt gewachsener Stadtbilder einsetzen, in denen sich die Bürger wohlfühlen und mit denen sie sich identifizieren können.

### Ausbau öffentlicher Büchereien als Stätten der Bildung fördern

Öffentliche Büchereien sollen den Spaß am Lesen wecken und fördern, indem sie Freizeitgestaltung und Fortbildung für jeden Bürger bieten. Um als Stätte von Bildung wirken zu können, müssen sie sich mit einem zeitgemäßen Angebot präsentieren und ihre Räume für vielfältige kulturelle Zwecke öffnen.

Ein gut gestalteter Online-Katalog, der Online-Versand von Büchern und die Kooperation mit Schulen erschließen ein Bildungspotenzial, das sich ökonomisch wie sozial auszahlt.

### Sportförderung darf nicht den Kostensenkungsmaßnahmen in den Gemeinden zum Opfer fallen

Vor dem Hintergrund steigenden Kostendrucks schleichen sich immer mehr Städte und Gemeinden aus der finanziellen Verantwortung für Sportstätten heraus, indem sie deren Verwaltung und Instandhaltung auf Vereine übertragen. Die Verantwortung trifft dann die Ehrenamtler. Da hierdurch die kommunalen Haushalte entlastet werden, sind die Vereine dafür anderweitig zu entschädigen oder zu unterstützen.

### Sozialpolitik ist Gestaltung der Zukunft der Stadt Hamm

In der Stadt gibt es sozialpolitische Missstände, die deutlich, auch von außen, an verschiedenen Quartieren ablesbar sind. Wo sich Menschen in Ihrem Wohnumfeld nicht wohl fühlen findet sozialer Abstieg statt. Dem werden wir entgegenwirken.

### Obdachlosen-Unterkünfte aufwerten

Inwiefern die Notschlafstätten für obdachlose Menschen in Hamm eine menschenwürdige Unterkunft ermöglichen, wollen wir prüfen und entsprechende Verbesserungen ermöglichen.

### Sozialen Wohnungsbau für die sozial schwachen Bürger erhalten

Im Bereich des sozialen Wohnungsbaus werden wir uns für eine kosten-günstige Bereitstellung von Grundstücken bei entsprechenden Bauvorhaben und für eine Landesförderung einsetzen. Die Nutzung sozialen Wohnraums für die Unterbringung von Asylbewerbern lehnen wir ab. Dieser muss für sozial schwache Bürger unserer Stadt zur Verfügung stehen. Wohnraum muss in Hamm bezahlbar bleiben. Von 2015 bis 2018 sind die Immobilienpreise in Hamm jedoch um 21% angestiegen. Unser Ziel ist es, dass Wohnen (Miete oder Kauf zuzüglich wohnbezogener Kommunalabgaben) in Hamm attraktiv angeboten werden kann.

# MOBILITÄT -VERKEHR

FRISCHER WIND FÜR UNSERE STADT:

***KREISVERBAND  
HAMM***

**AfD**  


## MOBILITÄT / VERKEHR

### Öffentlicher Nahverkehr: Tarife vereinfachen und Fahrpreise senken

Die AfD steht für ein modernes Mobilitätskonzept, bei dem sich der Individualverkehr und der öffentliche Personennahverkehr sinnvoll ergänzen. Viele Berufspendler, aber auch Senioren und Jugendliche sind in besonderem Maße auf den ÖPNV angewiesen. Im Interesse aller Nutzer fordern wir eine Vereinfachung des Tarifsystems für Busse und Bahnen sowie eine spürbare Senkung der Fahrpreise.

### Erhalt der individuellen Mobilität

Für zugelassene Kraftfahrzeuge muss es Bestandsschutz geben. Die AfD lehnt Fahrverbote für Diesel ab und stellt sich gegen eine Zwangsenteignung von Autobesitzern. Ein Rechtsstaat muss seinen Bürgern Vertrauensschutz garantieren! Dieselfahrverbote für einzelne Straßen sind im Übrigen widersinnig, weil sie meist nur eine weitere Umfahrung und damit eine insgesamt höhere Umwelt- und Gesundheitsbelastung zur Folge haben.

### Wir setzen uns für Strukturmaßnahmen im Bereich Radverkehr ein

Um die Kombination von Radverkehr und ÖPNV attraktiver und sicherer zu machen, werden wir folgende Maßnahmen unterstützen:

- (a) Bau von gesicherten Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an zentralen Haltestellen und Bahnhöfen, z. B. Boxen oder eingezäunte Bereiche mit Zugangscodes, (b) Ausbau und Instandhaltung des Fahrradwegenetzes, (c) Bau von Radschnellwegen.

### Wir wollen die Innenstädte wieder attraktiver machen

Der AfD ist die Bedeutung attraktiver und lebendiger Innenstädte nachdrücklich bewusst. Wir setzen uns daher für einen vielfältigen Einzelhandel in den Innenstädten ein und stehen den lokalen Händlern zur Seite. Dazu gehören auch ausreichende und günstige Parkplätze. Der Individualverkehr in den Städten darf nicht weiter eingeschränkt werden!

### Keine übereilte Anschaffung von teuren Elektrobussen im ÖPNV

Auf E-Mobilität mit Elektrobussen soll im ÖPNV solange verzichtet werden, bis diese Fahrzeuge bezüglich Ökologie, Kosten und Zuverlässigkeit wettbewerbsfähig zu Bussen mit den modernsten Verbrennungsmotoren sind. Die

eingesparten Finanzmittel sehen wir bei der Neuanschaffung modernster, sauberer Busse mit Verbrennungsmotoren als sinnvoller eingesetzt an.

### Verkehrs- und Stadtentwicklung

Die AfD ist strikt gegen verkehrspolitische Schikanen, Kostenerhöhungen und vernachlässigte Verkehrswege, mit denen ein Umstieg vom motorisierten Individualverkehr auf das Fahrrad, die sogenannte Fußmobilität oder den öffentlichen Nah- und Fernverkehr erzwungen werden soll. Eine autarke motorisierte Fortbewegung bedeutet in einer Welt, wo man immer öfter in kürzeren Abständen weite Strecken zu bewältigen hat, Freiheit und Unabhängigkeit. Außerdem ist diese Freiheit auch eine Grundlage des Wohlstands für den Bürger und unser Land. In Fällen, wo die Gesundheit durch eine Pandemie oder Ähnliches bedroht ist, sind autarke Verkehrsmittel die einzige Variante sicher und gesund zu reisen.

Die Autofahrer werden auf Deutschlands Straßen durch immer mehr und nicht nachvollziehbare Geschwindigkeitsbeschränkungen behindert, wir lehnen dies ab.

Die Stadtentwicklung soll für Wirtschaft, Natur und Mensch optimal geplant werden ohne, dass kleine Lobbygruppen hier gegen das Wohl des Bürgers blockierend Einfluss nehmen. Im Gegenteil, wir wollen Sachverstand vor Ideologie und Bürgerentscheide anstatt Bevormundungspolitik bei der Entwicklung des Stadtbilds.

### Kein Rückbau von Parkplätzen

Parkplätze sind an allen wichtigen Punkten der Stadt kostenlos zur Verfügung zu stellen, um zu gewährleisten, dass sich die Bürger auch im hektischen Alltag, wo Zeit oft Mangelware ist, überall hinbewegen können. Dies ist besonders für die Existenz kleinerer Ladenlokale, Gaststätten, Restaurants und Erholungsorte der Stadt wichtig.

### Keine ideologischen Geschwindigkeitsbeschränkungen in Hamm

Die AfD fordert als letzte verbliebene freiheitliche Partei „Freie Fahrt für freie Bürger“ und lehnt alle Beschränkungen aus anderen Gründen als der Verkehrssicherheit ab. Ein Tempolimit von 100 km/h auf Landstraßen und 50 km/h innerorts auf allen Durchgangsstraßen sind zu bewahren. Auch auf den Autobahnen die dem Gebiet Hamm zuzuordnen sind, werden wir uns bei unserer Bundesfraktion dafür einsetzen, dass es dort keine ideolo-

gischen Geschwindigkeitsbegrenzungen geben wird. Ein zu hoher Lärmpegel ist ggf. durch Lärmschutzmaßnahmen zu reduzieren.

### Tempolimits heraufsetzen

Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass an Straßen, wo es ohne Gefährdung des Verkehrs und der Bürger möglich ist, die Tempolimits auch heraufzusetzen.

Der neue Bußgeldkatalog gängelt die Bürger mit drakonischen Strafen und kriminalisiert die werteschaftende Bevölkerungsschicht bei ihrer individuellen Fortbewegung.

Wir wollen dieser individualverkehrsfeindlichen Politik die Stirn bieten und in Hamm gegensteuern, indem wir auch die Möglichkeit nutzen wollen, Tempolimits von 30 auf 50 kmh und von 50 auf 70 kmh anzuheben.

### Ringbuslinie zwischen Pelkum, Herringen und Bockum-Hövel

Wir fordern, um besonders die Mobilität von Senioren zu verbessern, die Einrichtung einer Ringbuslinie, die die Anbindung der Stadtteile Pelkum, Herringen und Bockum-Hövel miteinander verbessert.

# ASYL MIGRATION INTEGRATION UND RÜCKKEHR- FÄHIGKEIT

FRISCHER WIND FÜR UNSERE STADT:

*KREISVERBAND  
HAMM*

**AfD**



**Nordrhein-Westfalen** ist das Bundesland mit dem größten Anteil an Bürgern mit Migrationshintergrund. Integration gehört daher zu den größten und schwierigsten sozialpolitischen Herausforderungen bei uns. Integration wäre gelungen, wenn deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund (1) sich als Deutsche empfinden und verstehen, (2) gut Deutsch sprechen, (3) sich zur deutschen Verfassungsordnung bekennen und (4) die Herkunftskultur der Eltern oder Großeltern als Zusatz begreifen, der an die deutsche Identität anschließt.

Die Integrationskonzepte der bisherigen Landesregierungen sind allesamt gescheitert. Sie sind soziologisch uninformiert und beruhen auf wirklichkeitsfremden Vorstellungen über das Gruppenverhalten des Menschen. Die unvermeidlichen Folgen sind eine ethnische Segregation in den Städten, Parallelgesellschaften, Clanstrukturen und eine offene Desintegration des sozialen Raumes.

### 3.1 Erhalt der Rückkehrfähigkeit statt Integration

Eine Integration der seit 2015 nach Hamm eingereisten Armutsmigranten scheitert nicht nur an der häufig mangelnden Bereitschaft und Fähigkeit dieser Menschen zur Integration. Auch ein Großteil der Hammenser möchte nicht derart viele Menschen aus kulturfremden Regionen dauerhaft integrieren, schon gar nicht auf Kosten des Steuerzahlers und unter Hinnahme von Verhaltensweisen und kulturell-religiösen Praktiken, die sich mit unseren europäischen Werten nicht vereinbaren lassen. Der dauerhafte Verbleib und die Integration von Flüchtlingen können nur der Ausnahmefall sein.

Im Regelfall muss eine Rückkehr des Flüchtlings Ziel der Hammer Politik werden. Statt eines Zwangs zur Integration tritt die AfD daher für den Erhalt der Rückkehrfähigkeit von Flüchtlingen und Sozialmigranten ein. Im Fokus von Bildungsmaßnahmen soll neben der Vermittlung von grundlegenden deutschen Sprachkenntnissen und unseren Werten vor allem der Erwerb von Fähigkeiten stehen, welche die Menschen nach der Rückkehr in ihr Heimatland benötigen. Familienzusammenführungen für unbegleitete minderjährige Ausländer können in sicheren Drittstaaten außerhalb von Deutschland stattfinden. Den Missbrauch sogenannter Ankerkindern, die nach Deutschland vorausgeschickt werden, um dann eine Einreise der restlichen Familie auf „legalem“ Weg zu ermöglichen, wollen wir konsequent unterbinden.

### Echte Integration statt Parallelstruktur: Integrationsausschüsse statt Integrationsräte

Zu den gescheiterten Integrationskonzepten in NRW gehören die 1994 eingeführten Ausländerbeiräte (2009 umbenannt in Integrationsräte). Sie sind fehlerhaft konzipiert, weil sie die Verschiedenheit der einzelnen Migrantengruppen von der deutschen Bevölkerung betonen und so ihre Abgrenzung befördern. Sie sind undemokratisch, weil deutsche Staatsbürger ohne Migrationshintergrund gar kein Wahlrecht haben. Integrationspolitisch können sie keinerlei Erfolge vorweisen und erreichen nicht einmal ihre eigene Zielgruppe, denn die Beteiligung an den Integrationsratswahlen ist verschwindend gering (zuletzt 11 bzw. 14 Prozent der Wahlberechtigten). Die Integrationsräte sind daher auch in keiner Weise repräsentativ – während die Selbstsegregation nach ethnischen Merkmalen im Land fortschreitet.

Die AfD-Fraktionen in den neuen Stadträten und Kreistagen werden deshalb überall für die Einrichtung von Integrationsausschüssen statt Integrationsräten eintreten. Damit stellt der Rat gemäß Gemeindeordnung den Ausschussvorsitz, und der Ausschuss ist in die Beratungsfolge einbezogen. Die Richtlinien für die Integrationsausschüsse sind im Übrigen so zu gestalten, dass immer auch nach dem Beitrag der Migranten zur Integration (Bringschuld) gefragt wird.

### Keine illegitimen Auslandsschulen

Die AfD wendet sich strikt gegen die Gründung von Auslandsschulen anderer Staaten in unseren Kommunen, in denen Ideologien verbreitet werden, die mit dem Wertekanon des deutschen Grundgesetzes nicht vereinbar sind.

### Keine kommunale Förderung von verfassungsfeindlichen Religionsvereinen und -gemeinden

Kommunale Steuergelder für religionsbezogene Bauten, wie zum Beispiel Minarette oder Kali-Schreine, sind nicht zu bewilligen und baurechtliche Sondergenehmigungen dafür zu verweigern. Alle entsprechenden Vorhaben sind baurechtlich zu überprüfen, inwieweit sie das Stadtbild stören könnten.

Die Unterstützung von verfassungsfeindlichen Religionsgemeinschaften durch finanzielle Förderung, verbilligte Überlassung von Grundstücken

oder vereinfachte Genehmigungen lehnt die AfD ab. Der Genehmigung lautsprecherverstärkter öffentlicher Gebetsrufe in unseren Städten und Gemeinden werden wir mit allen rechtlich zulässigen Mitteln entgegenzutreten

### Integration (Assimilation)

Integration ohne Assimilation ist oft nur eine Förderung und Etablierung von Gegengesellschaften, im Idealfall von Parallelgesellschaften. Wenn wir Kulturen mit einem zu unserer Kultur konträren Wertefundament in unser gesellschaftliches Netz der Arbeit, Vereine, Sozialsysteme etc. integrieren, nehmen diese dort Raum ein und verdrängen unsere freiheitlichen Werte aus diesem Raum. So verliert man Heimat.

Ohne Assimilation ist Integration nicht hilfreich, da nur das Nützliche genommen und die eigene Kultur der Migranten von Ihnen als überlegen angesehen wird. Eine Integration von Asylbewerbern und Asylberechtigten ist nicht erforderlich, da Asyl ein Recht auf Zeit ist. Asylanten sind, sobald ihr Heimatland wieder stabilisiert ist und keine Gefahr mehr droht, umgehend abzuschicken und außer Landes zu bringen.

Deutschland ist aufgrund seiner geografischen Lage, seiner Geschichte, Bevölkerung und dichten Besiedelung kein klassisches Einwanderungsland.

Dies ist ein feststehender Fakt. Durch falsche Entscheidungen in der Vergangenheit ist vielerorts eine Fehlentwicklung zu erkennen, die das Entstehen von nicht mehr integrierbaren Parallelgesellschaften nach sich gezogen hat. Aktuell entwickelt sich die Nächste.

Deshalb ist es umso wichtiger, zwischen politisch Verfolgten und Kriegsflüchtlingen einerseits und irregulären (Wirtschafts-) Migranten andererseits zu unterscheiden.

## **Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland** **Art 16a**

*(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.*

*(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. (...) In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.*

### **Digitalisierung**

Die AfD Hamm macht sich für eine flächendeckende digitale Infrastruktur in Hamm stark. Da der Ausbau der Netze primäre Aufgabe von Bund und Land ist, können wir hier auf kommunaler Ebene nur unterstützend tätig werden. Wir sind bereits in allen Parlamenten mit einer Vertretung unserer Partei eingezogen und haben daher direkte Ansprechpartner zur Umsetzung solcher Vorhaben. Um Firmen, die eine schnelle Internetleitung benötigen, von unserer Stadt zu überzeugen und diese dauerhaft an Hamm zu binden, ist an Wirtschaftsstandorten eine durchgehende Glasfaserkabelverbindung mit FTTH-Anschlüssen bereitzustellen, damit Surfgeschwindigkeiten von bis zu 1.000 MBit/s möglich werden.

**Die AfD bekennt sich** mit voller Überzeugung zum Recht auf Asyl im Sinne des Grundgesetzes. Sie kritisiert jedoch, dass das Asylrecht sinn- und gesetzeswidrig zu einem Instrument für massenhafte Einwanderung umfunktioniert worden ist.

Die AfD ist nicht bereit, diesen Zustand hinzunehmen und tritt auf allen politischen Ebenen, auch auf der Ebene der Kommunen, für Korrekturen dieser Fehler und gegen einen weiteren Funktionswandel des Asylrechts ein.

### *Wir fordern:*

#### **Abschiebeinitiative 2020 starten – „Spurwechsel“ stoppen**

Die AfD fordert eine Beendigung der Duldungspraxis ausreisepflichtiger Ausländer durch kommunale Ausländerbehörden und wendet sich gegen Bestrebungen, zahlreiche der im Prinzip ausreisepflichtigen Ausländer per „Spurwechsel“ mit einer bleiberechtlichen „Amnestie“ auszustatten.

Die verbreitete Abschiebeverweigerung durch Ausländerbehörden ist zu beenden. Der Vollzug der Ausreisepflicht von Ausländern ohne Bleiberecht ist unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten konsequent umzusetzen, Kettenduldungen müssen beendet werden. Ausreisepflichtige Ausländer sind im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten zentral unterzubringen und gemäß Asylbewerberleistungsgesetz mit Sachleistungen statt Geldleistungen zu versorgen. Integrationsmaßnahmen sind durch Fortbildungsmaßnahmen zu ersetzen, die die Migranten auf ihre Rückkehr vorbereiten.

Unabhängig von diesen Maßnahmen verfolgt die AfD das Ziel, die Zuständigkeit für Rückführungen vollständig an das Land zu übertragen.

#### **Sichere Heimat statt sichere Häfen**

Die AfD spricht sich gegen die Selbstdeklaration nordrhein-westfälischer Städte und Kommunen zu „sicheren Häfen“ für Migranten aus. Die Zuständigkeit für die Durchführung des Asylverfahrens liegt gemäß Dublin-III-Verordnung vielmehr beim Ersteinreiseland in die EU. Und die Entscheidung über die Aufnahme von Migranten im Rahmen des Asyl- und Aufenthaltsrechts fällt gerade nicht in den Zuständigkeitsbereich der Kommunen.

Die Forderung von Lokalpolitikern, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen, in Eigenregie und unter Umgehung bestehender Gesetze Migranten nach NRW zu holen, ist verantwortungslos, weil damit die letzten Möglichkeiten staatlicher Kontrolle bei der Einwanderungspolitik abgeschafft würden. Da nach Zuerkennung eines Schutzstatus Leistungen nach dem SGB II gezahlt werden, hätten im Ergebnis der Bund und somit alle Bürger unseres Landes für die finanziellen, sozialen und sicherheitspolitischen Folgekosten solcher Alleingänge auf kommunaler Ebene zu bezahlen.

### Leistungen für Asylbewerber sinnvoll gestalten

Das Asylgesetz sieht vor, dass Asylbewerber in Erstaufnahmeeinrichtungen möglichst ausschließlich Sachleistungen erhalten. Diese Regelung sollte auch bei der Unterbringung in den Kommunen angewandt werden. Es besteht ansonsten die Gefahr, dass von der Zahlung hoher Geldleistungen Fehlanreize zur missbräuchlichen Nutzung des Asylrechts ausgehen.

### Keine Gesundheitskarte für Asylbewerber als freiwillige Leistung

NRW hat 2017 als erstes Flächenland eine Gesundheitskarte für Asylbewerber eingeführt. Die Gemeinden entscheiden per Ratsbeschluss, ob sie an der Rahmenvereinbarung mit den Krankenkassen teilnehmen wollen. Die Gesundheitskarten bringen jedoch keine Entlastung für die Verwaltung, sondern erhöhen die Kosten für die medizinische Versorgung von Asylbewerbern deutlich. Deshalb muss zum Verfahren der Behandlungsbewilligung zurückgekehrt werden. Die Kommunen können dies durch Kündigung ihres Beitritts erreichen.

# NATURSCHUTZ STATT KLIMAPANIK

FRISCHER WIND FÜR UNSERE STADT:

***KREISVERBAND  
HAMM***

**AfD**



**Die Alternative für Deutschland** ist eine wertkonservative politische Partei. Wir vereinigen die Interessen von Umweltschutz, Landwirtschaft, Tierschutz, Ernährung und Verbraucherschutz auf Grundlage unabhängiger wissenschaftlicher Erkenntnisse. Ideologien, gleich welcher Art, lehnen wir ab. Umwelt- und Energiepolitik dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen gemeinsam und abgestimmt zur Versorgung der Bevölkerung und zum Erhalt der Natur beitragen.

### Umwelt-, Tierschutz und Naturschutz

Wir wollen eine intakte und vielfältige Natur erhalten. Eine gesunde Umwelt ist die Lebensgrundlage für alle Menschen und zukünftige Generationen. Windenergieanlagen zerstören das Bild unserer Kulturlandschaften, zerstören kostbare Wälder und sind überdies eine tödliche Gefahr für Insekten, Vögel und Fledermäuse. Deshalb werden wir einen weiteren Ausbau der Windenergie stoppen. Forstwirtschaft und Jagd müssen im Einklang mit der Natur geschehen. Wir wollen Zonen, in denen die Natur sich selbst überlassen bleibt. Diese sogenannten "Nullnutzungszonen" sichern das Überleben von vielen seltenen Tieren und Pflanzen. Wir wollen eine konsequente Umsetzung der Tierschutzgesetze.

Betäubungsloses Schlachten (also Schächten, sowie sinnloses Töten wie das sogenannte "Küken schreddern") von Tieren lehnen wir ausnahmslos ab. Fleisch von solch zu Tode gequälten Tieren darf von der Stadt Hamm weder bezogen, vertrieben oder gefördert werden.

Die unnötige Folterung unserer empfindungsfähigen Mitgeschöpfe durch das Schächten unter dem Deckmantel der Religion lehnen wir entschieden ab und werden Maßnahmen ergreifen, um diese barbarische Praktik in Hamm zu verunmöglichen.

Dem Erhalt von Wäldern, insbesondere von alten Mischwäldern, räumen wir eine hohe Priorität ein.

### Ressourcen schonen bei der energetischen Sanierung von öffentlichen Gebäuden

Die Sanierung von öffentlichen Gebäuden mit dem Ziel der Energieeinsparung muss sich an wirtschaftlichen Überlegungen orientieren. Diese Baumaßnahmen sind dann sinnvoll, wenn sich die Investitionskosten unter realistischen Annahmen und ohne staatliche Subventionen zur Wirtschaftlichkeit innerhalb von 10 - 20 Jahren amortisieren.

### Wald als Lebensraum und Wirtschaftsfaktor

Die AfD setzt sich für eine ganzheitliche Betrachtung des Forstes in seinen ökonomischen, ökologischen und sozialen Funktionen ein. In waldreichen Gebieten Nordrhein-Westfalens ist Holz ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Die Zerstörung von Waldlandschaften durch Windparks lehnen wir ab. Wir lehnen selbsternannte Umweltschutzorganisationen ab, die versuchen, den Forst als machtpolitisches Instrument zu missbrauchen. Wir befürworten einen Umbau kommunaler Wald-Monokulturen aus Fichten oder Kiefern in Mischwälder, die zu einem wesentlichen Teil aus heimischen Laubbäumen oder Tannen bestehen sollen.

### Bäuerliche Familienbetriebe stärken

Unsere bäuerlichen Familienbetriebe sind Versorger, aber sie gestalten und bewahren zugleich auch unsere Natur- und Kulturlandschaft. Die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Nutzflächen muss umweltverträglich sowie werterhaltend sein, denn es gilt, auch künftigen Generationen die Lebensgrundlage zu sichern. Die AfD ist für eine Verpachtung der gemeindeeigenen Äcker und Wiesen an die ortsansässigen landwirtschaftlichen Betriebe ohne Vorgabe der Bewirtschaftungsform (ökologisch oder konventionell).

### Die kommunalen Baumschutzverordnungen sollen abgeschafft werden

Die Baumschutzverordnungen erhöhen die Baum-Unterhaltskosten der Eigentümer. Pseudo-Naturschutz und Bevormundung von Baumeigentümern wollen wir beenden. Dass Baumschutzverordnungen nicht notwendig sind, zeigen all jene Gemeinden, die auch ohne zusätzliche Regulierung einen hohen Baumbestand vorweisen können. Wir wollen die kommunalen Baumschutzverordnungen daher abschaffen bzw. keine weiteren erlassen.

### Kein weiterer Zubau von Windenergieanlagen

Strom aus Windenergie ist ein mangelhaftes Produkt, da er nicht grundlastfähig ist und keine Versorgungssicherheit besitzt. Das Kernproblem der Windenergie besteht im Fehlen eines Energiespeicherkonzeptes. Die Windkraftanlagen und der Aufbau von Stromautobahnen führen vielmehr zu neuen Umweltbelastungen, für die perspektivisch keine Abhilfe geschaffen werden kann.

Der Ausbau der Windenergie ist zugleich für die hohen Strompreise verantwortlich. Vor allem Familien werden dadurch stark belastet. Hinzu kommt die Gefährdung von Vögeln, Fledermäusen und Insekten durch die Rotorblätter.

Mangels eines ausgereiften technischen Konzeptes und wegen der abträglichen sozialen und ökologischen Folgen lehnt die AfD den weiteren Zubau von Windenergieanlagen ab.

### Kein weiterer Ausbau von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Liegenschaften.

Die AfD spricht sich gegen weitere Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Liegenschaften aus, denn der Steuerzahler muss die hohen Kosten der Installation tragen. Die Anlagen erzeugen Zufallsstrom, der mit Steuergeldern finanziert wird. Wegen der massiven Subventionierung (und gleichzeitigen Besteuerung!) sind die deutschen Stromkosten heute die höchsten in Europa. Zudem gibt es kaum positive Effekte auf die Umwelt, da jede Photovoltaikanlage durch konventionelle Kraftwerke abgesichert werden muss.

### 4.1 Tierheime stärken

Die Tierheime, die eine wichtige Aufgabe in unserer Gesellschaft wahrnehmen, sind auf die Unterstützung ehrenamtlicher Helfer angewiesen und grundsätzlich in einer angespannten finanziellen Situation. Wir wollen uns einen Eindruck von der Situation in allen Hammer Tierheimen verschaffen und möglichst rasch dafür sorgen, dass sie Ersatz für die Aufwendungen erhalten.

#### 4.2 Wälder und Grünflächen hegen

Der Wald in Hamm erleidet sowohl durch Parasitenbefall als auch durch Trockenheit schwere Schäden. Wir wollen die Waldfläche in Hamm nicht nur erhalten, sondern möglichst vergrößern und werden Aufforstungsprojekte entwickeln und unterstützen. Weiterhin fordern wir die intensivere Pflege von vorhandenen Grünflächen und die Renaturierung von den Brachflächen, die nicht für Gewerbe- und Wohnansiedlung vorgesehen sind.

#### 4.3 Naturschutz statt Klimaschutz

Das Klima wandelt sich seit ewigen Zeiten, schon lange bevor die Spezies Mensch überhaupt existierte. Die AfD lehnt Klimahysterie und die Deindustrialisierung Europas, vorgeblich zugunsten überbevölkerter Küstenregionen der Dritten Welt, ab. Selbst wenn wir die Prämissen der Klimajünger, dass CO<sub>2</sub> direkt Erhitzung und Leid zur Folge hat, akzeptieren würden, geben wir zu bedenken, dass der Anteil Deutschlands am weltweiten CO<sub>2</sub> Ausstoß sehr gering ist. Vor diesem Hintergrund vermeintliche „Klimaschutz“-Maßnahmen zu ergreifen die, ganz gleich wie marginal, die Lebensqualität unserer Bürger schmälern, halten wir für überzogen und unangemessen. Wir fordern daher einen Ausstieg der Stadt Hamm aus dem „Klima-Bündnis“ und verbitten uns die vom Bündnis oktroyierte Deindustrialisierung und Zerstörung der persönlichen Mobilität und Energiesicherheit. Ein vermeintlicher „Klimanotstand“ besteht nicht und seine Ausrufung oder gar die Herbeiführung darauf basierender Maßnahmen lehnen wir entschieden ab.

**DER ORTHODOXE  
ISLAM  
IM KONFLIKT  
MIT DEN WESTLICHEN  
WERTEN**

FRISCHER WIND FÜR UNSERE STADT:

***KREISVERBAND  
HAMM***

**AfD**



## Islam

Eine immer penetrantere Ausbreitung der Scharia und damit der Umgestaltung unserer säkularen und christlichen Gesellschaft zu Gunsten einer islamisch strenggläubigen lehnen wir entschieden ab. Die AfD Hamm steht ohne Wenn und Aber für den freiheitlichen, demokratischen und säkularen Rechtsstaat. Der säkulare Rechtsstaat hat das ausschließliche Rechtssetzungs- und Rechtsdurchsetzungsmonopol, sein Recht steht über religiösen Geboten. Der orthodoxe Islam, der eine politische Religion ist und mit der Scharia auch ein vormodernes System von Rechtsregeln umfasst, ist mit diesem westlichen Staatsverständnis nicht vereinbar. Daher kann der Islam nicht zu Hamm und nicht zu Deutschland gehören. Die verfassungsrechtlich garantierte Freiheit des Glaubens, des religiösen Bekenntnisses und der Religionsausübung gilt selbstverständlich auch für Muslime. Artikel 4 des Grundgesetzes ist aber kein „Supergrundrecht“, das einen politischen oder gesellschaftlichen Sonderstatus oder irgendwelche Privilegien für muslimische Gemeinschaften in unserem Land begründet.

Religiösen Eiferern mit islamischer Militanz, die das Grundgesetz und unsere Verfassung hingegen als Ermächtigung für den Ausbau von Parallelgesellschaften missverstehen, wollen wir mit allen verfügbaren rechtsstaatlichen Mitteln konsequent begegnen.

Besonders verheerend ist, dass die zum Teil aggressive Anspruchshaltung bestimmter Zuwanderergruppen zurzeit auch noch offen durch die Spitzen von Altparteien, Kirchen und Gewerkschaften unterstützt wird. Zwar beteuern Vertreter aller Altparteien regelmäßig formelhaft die Integrationspflicht von Zuwanderern und die Geltung unseres Grundgesetzes als angebliche Leitschnur des Zusammenlebens, faktisch dulden sie jedoch die Missachtung elementarer Regeln unseres Verfassungsstaats. Religiös motivierte Bekleidungsregelungen, dass „kulturell sensible“ Weglassen von Speisen in öffentlichen Einrichtungen, die Errichtung fundamentalistischer Moscheen, die Diffamierung unserer Gesellschaft als „unrein“, die Duldung der Verstümmelung von Neugeborenen aus religiösen Gründen oder das qualvolle Schächten von Tieren sind deutliche Zeichen einer zunehmenden Islamisierung, der wir Einhalt gebieten müssen. Toleranz darf nicht in Selbstaufgabe münden!

Wir lehnen jedwede Form der Vergesellschaftung der Scharia und islamisches Anspruchsdenken ab und setzen uns aktiv für die Bewahrung unserer Kultur ein, die diametral zu der des orthodoxen Islams steht. Eine Aufweichung des Tierschutzes, der Frauenrechte oder eine Bevorzugung von Mohammedanern bei Sport, Kultur, Arbeit und im öffentlichen Raum wird es mit uns nicht geben. Da, wo wir auf kommunaler Ebene nicht handeln können, werden wir auf Landes- und Bundesebene mit unseren Fraktionen nach Lösungen zum Erhalt unserer Werte suchen. Jedem kommunalen Bestreben, welches zur Beförderung islamischer Raumnahme führt, wird sich die AfD Hamm mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entgegenstellen. Deshalb haben wir folgende Punkte, den Islam betreffend, in unsere kommunalen Eckpunkte aufgenommen:

#### Islamunterricht auf Basis der Aufklärung

Islamschulen sollen nur über die Geschichte des Islams aufklären, keineswegs soll die Scharia und die Besserstellung von Mohammedanern über Andersgläubige vermittelt werden. Nach der ersten Säule des Islams sind Hadithe der höchsten Stufe Teil des Islams, wo es um ein Rechtssystem und eine Gesellschaftsordnung geht, welches nicht überall mit dem Grundgesetz und unserer Verfassung übereinstimmt. Ebenfalls gibt es im Koran und der Sira, der Biographie Mohammeds, grundgesetzwidrige Stellen, von daher ist die Vermittlung der islamischen Lehre genau zu überprüfen und die Werte des Grundgesetzes zu schützen. Die Schulen sollen nicht reproduzieren, was in der Moschee gelehrt wird, sondern Inhalte kritisch reflektieren.

#### Keine Ausnahmen beim Tierschutz

Das betäubungslose Schlachten (Schächten) ist in Deutschland grundsätzlich gem. §4 TierSchG aus Tierschutzgründen verboten. §4 a Abs. 2 Nr. 2 TierSchG sieht jedoch die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung vor. Wir wollen keinerlei Förderung oder Angebote von nach Scharia Recht benanntem "halal" Fleisch. Allen mit der Stadt in Verbindung stehenden oder mit städtischer Unterstützung finanzierten Vorhaben ist das Anbieten von Halalfleisch zu untersagen, bei Zuwiderhandlung ist das eventuell gewährte Fördergeld zu streichen und gegebenenfalls zurückzuverlangen.

### Der demokratische Konsens unter den Parteien

Dem Einfluss von Muslimbrüdern, Grauen Wölfen und anderen darauf ausgerichteten Kräften, die eine islamische Unterwanderung der Politik und der Behörden zur Durchsetzung der Scharia und der Bevorteilung von Anhängern des Islams gegen Nichtmohammedanern durchsetzen wollen, ist entschieden entgegenzutreten.

Personen, die Salafisten Gruppen unterstützen, Gelder in Segregationsprojekte umlenken oder sich anderweitig als Unterstützer von radikal islamischen Gruppen zu erkennen geben, sind im demokratischen Konsens aus allen auf dem Grundgesetz stehenden Parteien auszuschließen und in städtischen Behörden nicht in sensible Schlüsselpositionen zuzulassen.

### Kein Muezzinruf aus der Moschee

Der Muezzinruf zum Freitagsgebet beinhaltet eine totalitäre Botschaft und stört den öffentlichen Raum, indem er diesen lautstark und kulturfremd vereinnahmt. Der Ruf ist verbal, nicht nonverbal wie eine Kirchenglocke, er enthält eine Botschaft, die einen weltlichen Machtanspruch Allahs verkündet bzw. als Kampfansage an andere Religionen aber auch weltliche Mächte gilt und damit politisch ist. Die negative Religionsfreiheit muss ebenfalls geschützt sein. Die Botschaft in dem Ruf lautet übersetzt: "Allah ist der Größte – Ich bezeuge, daß es keinen Gott außer Allah gibt – Ich bezeuge, daß Muhammad der Gesandte Allahs ist – Auf zum Gebet – Auf zum Heil – Allah ist der Größte – Es gibt keinen Gott außer Allah."

Wir lehnen den Muezzinruf daher ab, da er nicht religiös ist, sondern weltlichen und damit politischen Anspruch hat.

### Keine islamischen Gebetsräume in städtischen Einrichtungen

Da der Islam in alle Bereiche des Lebens expandiert, um so seine Dominanz und seinen imperialistischen Anspruch geltend zu machen, werden auch immer mehr Firmen mit Gebetsräumen für Mohammedaner ausgestattet. Die AfD wird diese Privilegierung gegenüber allen anderen Religionen und generell der Vermischung von Staat und Glauben, eine klare Absage erteilen.

### Segregation entgegenwirken

Das Fernbleiben islamischer Mädchen vom Sportunterricht oder Klassenfahrten soll von der Stadt Hamm nicht toleriert werden. Niemand bekommt hier einen Extrastatus und die Freiheit der Frau ist für uns nicht verhandelbar.

Auch die Tendenz, dass islamische Frauen gesonderte Schwimmzeiten bekommen, ist eine nicht hinnehmbare Segregationserscheinung.

### Hilfsangebote für von Zwangsheirat bedrohte Mädchen oder gefährdete Apostaten schaffen

In den Schulferien kommt es immer öfter vor, dass Mädchen aus archaischen Kulturen gegen ihren Willen im Ausland zwangsverheiratet werden. Da den Mädchen bei einer lapidaren und nicht ernsthaft ausgeführten Unterstützung der Stadt und Polizei Folgen wie Ehrenmord, Verschleppung ins Ausland, Gewalt in der eigenen Familie und ein eventuell ewiges Ausgehverbot droht, muss die Stadt eine sensible Anlaufstelle mit sofortigen Maßnahmen bereithalten, worunter eine Herausnahme des Mädchens aus der Familie und eine eventuelle Abschiebung der Täter fallen muss.

### Islamverbände sollen aktiv nach innen rechtsstaatliche Prinzipien vermitteln

Zwangsehen, Verfolgung und Gewalt bei Apostasie, die Ablehnung von Mischehen (religiöser Natur), die Anwendung von Gewalt generell und das Gebot, die Gesetze des Islams über die des Staates zu stellen, ist laut mehreren Umfragen in der islamischen Gemeinschaft weit verbreitet. Die Stadt soll diese Punkte aufarbeiten und den islamischen Gemeinden, die mit der Stadt in Kooperation stehen, ausgearbeitete Konzepte anbieten, um diesen Zustand zu beseitigen. Außerdem ist regelmäßig zu prüfen, ob mit den Maßnahmen Fortschritte erzielt wurden.

### In Asylheimen ist darauf zu achten, dass keine religiös-soziale Kontrolle von Sicherheitsbediensteten und Sozialarbeitern gegenüber Asylbewerbern ausgeübt wird

Des Öfteren wurde in den öffentlichen Medien über die Einflussnahme islamischer Sicherheitsdienste auf christliche Asylbewerber berichtet. Dies im Zusammenhang mit Gewalt, Benachteiligung und ständigen De-

mütigungsritualen. Sozialarbeiter, die dem gesellschaftlich gewünschten Narrativ entsprechen wollen, sehen über solche Zustände hinweg und lassen so die Opfer ohne Hilfe im Stich, dem muss Abhilfe geleistet werden. Durch ein regelmäßiges Ansprechen solcher Probleme und sofortiger konsequenter Vorgehensweise gegen die Täter, bei Bekanntwerden solcher Vorfälle, werden wir dieses Problem beseitigen.

## Impressum

### AfD-Hamm

#### Herausgeber:

AfD Hamm  
Nordrhein-Westfalen  
Gladbecker Straße 5  
40472 Düsseldorf

Mail: [kontaktafd-kreis-hamm.de](mailto:kontaktafd-kreis-hamm.de)  
Tel.: 0175-7193969  
Internet: [www.afd.nrw](http://www.afd.nrw)

V.i.S.d.P.:  
Pierre Jung

#### Bildnachweise:

Alle Fotos, Grafiken und Illustrationen sind Eigentum der AfD-Hamm. Alle Rechte vorbehalten.  
Für Grafiken und Fotos externer Urheber gelten deren jeweilige Lizenzfreigaben und Bestimmungen.

#### Rechtliche Hinweise

*Der Nachdruck, die Aufnahme in Online-Dienste und Internet sowie die Vervielfältigung auf Datenträgern wie CD-ROM, DVD-ROM etc. betreffend Fotos, Grafiken/Illustrationen und Texte – auch nur auszugsweise – bedarf der zuvor schriftlich eingeholten Zustimmung des Herausgebers. Im Rahmen der digitalen Ausgabe können auch Internetinhalte anderer Anbieter bereitgestellt werden. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der verlinkten Webseite verantwortlich. Wir haben deren Inhalt im gesetzlich gebotenen Rahmen überprüft. Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. verlinkten Seiten tragen allein die dort genannten Personen.*

